

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, für Gipser, Buger, Stuckateure, Asphaltateure, Florierer, Fliesenleger, Ofenleger, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

| | | |
|--|---|--|
| <p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p> | <p>Herausgegeben vom Deutschen Bauwerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1</p> | <p>Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehngespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Bauwerkschaften Seite 50 A.</p> |
|--|---|--|

Unser Pfingststreben.

Fein und lieblich ist die Pfingstzeit. Von jedem Busch und Hang frühen bunte Blütensterne; Falter und Bienen nippen von ihren Kelchen. Die Finken schlagen, und in den blauen Aether schwingt froher Lerchenschlag; silberklare Bäche rauschen und eilen talab. Und die goldene Sonne beleuchtet hell und warm diesen munteren Lebensreigen in der Natur, der Daseinsfülle und kraftvollen Lebensbejahung.

Jedoch die Obstbäume haben ihren weißen Blüten schmuck längst abgeworfen. Schon lugen kleine Früchte durch grünes Blattwerk. Voreilige Kirchen färben sich rot. Und draußen im Gefilde wogt blaigrünes Saatmeer, formt leichte Blüten und strebt nach Fruchtvollendung. So ist die Pfingstzeit nicht nur das Fest der Blüten; sie ist auch ein vollendetes Sinnbild jenes ewigen Wirkens, das kräftigstrebend entgegenstrebt der Vollendung und Ernte, das warm und freudig die Frucht vorbereitet zum Wohlergehen aller.

Liegt es nicht nahe, unser Gewerkschaftsstreben diesem Pfingststreben gleichzusetzen? Sind unsere berufenen Interessendvertretungen, die Gewerkschaften, nicht vom gleichen Streben erfüllt, haben auch sie nicht die hohe Aufgabe, die Frucht vorzubereiten, auf daß allen Menschen besichert sei ein heiteres, sorgloses Leben im Reigen emsiger Schaffenskraft und segenspendender Arbeit?

Lange lag die Arbeiterschaft in den starren Fesseln der Unwissenheit, dumpftrübe Winternacht hatte ihren Geist in düstere Fesseln geschlagen; sie vegetierten dahin in langer Arbeitsfron, bei kargem Lohn, als willenlose Hörige des aufstrebenden Industriealismus. Dann tauchte durch Nebelschwaden am grauen Horizont empor die Sonne der Aufklärung, sie schmolz mit warmem Strahl die starre Rinde der Unwissenheit und zeigte der Arbeiterschaft den Befreiungsweg. Neue Erkenntnis lehrte sie den Wert der Einigkeit, schuf Organisationen, zeigte den Ausweg aus freudloser Entfremdung und Knechtschaft, wies der Bewegung das Ziel, die Zertrümmerung der Kapitalherrschaft durch den Sozialismus. Doch der Wintersturm der Reaktion umbraute die junge Bewegung, der Raubreiz brutaler Polizei- und Wirtschaftsgewalt vernichtete manche Blüte frohen Zukunftshoffens. Um so enger aber schlossen sich die Entertben zusammen zu immer größerer Machtenkfaltung; sie trockten den Gewaltstürmen der vereinigten Reaktion und durchschürften schließlich die Alleinherrschaft der wirtschaftlichen Machthaber; sie errangen sich das Mitbestimmungsrecht über die Bezahlung und fägliche Dauer der Verwendung ihrer Arbeitskraft. Allmählich wich der Wintersturm und gab Raum dem herandringenden Frühling . . .

Und nun haben sich die Gewerkschaften, erprobt und gestählt durch zahllose Kämpfe, zu hoher Blüte entfaltet. Unerfchütterlich trofen sie den Stürmen, die sich immer wieder hervormagen, um das Rad der Zeit nach rückwärts zu zwingen, den Industriealismus wieder zu errichten, die Arbeiterschaft zu entfremden, sie wieder zurückzudrängen in unbedingte Knechtsfron und entfangswolle Arbeitsqual. Ohnmächtiges Begehnen! Wie sich der Frühling nicht durch den Winter verjagen läßt, so hat sich die Arbeiterschaft durchgerungen durch Sturm und Not. Und heute strebt sie entgegen dem Sommertag der Menschheit. Die Saat der Aufklärung ist aufgegangen, trägt reiche Blüten und rüftet zur Erntefest, um zu pflücken die Früchte rastlosen Wirkens und Strebens.

Pfingstgeist durchwoigt heute die Arbeiterschaft. Die Zeit der Eiseiligen, die letzte, ohnmächtige

Schauer körnigen Eises auf sie herabfallen ließ, ist vorbei; sicher und siegreich beschreitet der Geist der neuen Zeit den Sommerweg. Gewiß, noch immer lauert im Hintergrunde heimtückischer Gewittersturm, noch immer verjucht machtvolle Gewalt, die Not der

unser gerechtes Streben nach echtem Menschenrecht und wahrer Volkskultur seine Erfüllung finden!

Kollegen vom Bauwerksbund! Beherzigt dieses schöne Gleichnis. Es sagt Euch, daß der Wintersturm der Reaktion gebrochen ist. Es sagt Euch, daß das Feld frei liegt zur Sommerfest. Die Schnitter der neuen Zeit rüften, denn in der Ferne winkt die Ernte. Doch begreift dies: Ihr müßt stets wachsam sein. Nie darf es ein Rückwärts geben, stets muß unsere Parole lauten: **V o r w ä r t s!** Deshalb stärkt Eure gewerkschaftliche Organisation, stärkt Euren Bauwerksbund. Werbt für ihn in jeder Weise. Nur in geeinter organisierter Front werden wir den Endsieg erringen. Nur wenn alle Kollegen begriffen haben, daß nur die Organisation den Weg zur Freiheit bahnt, werden wir die Freiheit gewinnen. Nur durch einiges, geschlossenes Handeln wird der Menschheit das große Pfingsten erblihen. Darum vorwärts auf dem Wege des Lichtes, entgegen wahrer Gerechtigkeit, entgegen kühner Erntefest zum Wohlergehen aller!

Bewerkschaftsgeist ist Pfingstengeist . . .

Der Geist der Pfingsten zieht durchs Land
 Bei hellem Sonnenscheine,
 Mit bunten Blüten überspannt
 Er Büsche, Felder, Haine;
 In grünen Bäumen webt der Saft,
 Die Fruchtbarkeit zu pflegen,
 Es strebt uralte Schaffenskraft
 Der Erntefest entgegen!

Das ist der Pfingstgeist. Rein und klar
 Bejaht er jenes Streben,
 Das unerfchöpflich, Jahr für Jahr,
 Erneuert neues Leben;
 Aus Grün und Blütenregen quillt
 Die ewig schöne Sendung,
 Die, emsig schaffend, kraftesfüllt,
 Gestrebt die Fruchtvollendung!

Und dieser Geist, der ewig kreist,
 Er soll auch uns erfüllen
 Mit gleichem hohen Schaffensgeist
 Mit gleichem Schöpferwillen!
 Bereit in Eree, Hand in Hand,
 Mit frohem Kraftvermögen,
 So schreiten wir durch den Verband
 Dem Erntefest entgegen!

Und mag man uns durch schwere Fron
 Das Sehen arg verwilttern,
 Und mag der Sturm der Reaktion
 Uns noch so sehr unmittern:
 Es reist die Frucht, es naht die Mahd,
 Die blanken Sichel klingeln,
 Die nimmermüde Schnitterfest
 Wird uns den Sieg erringen!

Bewerkschaftsgeist ist Pfingstengeist!
 Er stiftet reges Leben.
 Er formt zur Blüte heck und dreist
 Der Menschheit Freiheitsstreben;
 Und reife Frucht gestaltet er
 Aus reichem Blütenregen —
 So geht der Arbeit starkes Beer
 Dem Erntefest entgegen!

Caes.

Zeit auszunützen, um das fleißige Streben der Arbeiterorganisationen lahmzulegen. Mit allen Feinsein wird verjucht, dem Vorwärtsdrängen der Gewerkschaften Einhalt zu gebieten. Jäh halten die Reaktionsäre fest an der alten, unternehmlichen Ueberlieferung des Sonderrechts auf schrankenlose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, an ihrem vom Gott Mammon heiliggesprochenen Privatinteresse, während die Gewerkschaften jedem Sonderrecht, jeder Geldsacksüberheblichkeit Gebde angefragt haben, der Gemeinwirtschaft aufzubrechen und nicht eher ruhen wollen, bis sie dieses Ziel verwirklicht haben.

Das letzte Winterzucken der Reaktion wird zerschmelzen am Massenwillen der organisierten Arbeiterschaft. Das Licht der Erkenntnis ist machtvoll aufgegangen. Weder Purpurmäntel noch schwarze Kutten können es verjüllen. Und mag es noch manchmal stürmen, mag Hagelschlag einherwehern: Dem Frühling folgt der Sommer und nicht der Winter, und dem Sommer folgt Erntezeit. Deshalb sind wir frohen Mutes; allen Gewalten zum Trotz wird und muß

Wucherpreise für Baustoffe — Drohende Krise auf dem Baumarkt!

Kaum ist die Bautätigkeit in Gang gekommen, und schon regen sich die edelsten Triebe unserer herrlichen Wirtschaftsordnung, um die Bautätigkeit für den Geldbeutel in besonderer Art nutzbar zu machen. Die naturgemäß wachsende Nachfrage nach Baustoffen mußte, „naturnotwendig“, einem in der privatkapitalistischen Wirtschaft wirkenden ungeschriebenen Gesetz zufolge, eine Steigerung der Baustoffpreise mit sich bringen. Dabei wurde von den Baustoffhändlern und -erzeugern so kräftig nachgehoben, daß sich auch nichtsozialistische Zeitungen gezwungen sahen, kräftig Alarm zu schlagen. Das hat aber auch nichts genutzt. „Die Wirtschaft“ ist unbekümmert ihren Naturgesetzen gefolgt, und auch St. Bureaokratias brachte nicht so viel Geistesgegenwart und so viel Fügigkeit auf, um den kapitalistischen Wirtschaftsgesetzen wirksam entgegenzuwirken. Auch für dies Jahr sind die Bauvorhaben nicht auf das ganze Jahr verteilt worden, sondern man ließ zwei wertvolle Baumonate verstreichen und behielt vielsach die Richtlinien für den Wohnungsbau bis Ende März in der Tasche, so daß beispielsweise in Preußen erst nach Ablauf des ersten Vierteljahres mit der Verteilung von Hauszinssteuerhypotheken für neue Bauvorhaben begonnen werden konnte. Die Nachfrage nach Baustoffen hatte aber angesichts der allgemein zu erwartenden Bautätigkeit schon eingeseht, und so bekamen wir auf dem Baustoffmarkt eine Hauße; im besten Deutsch überseht: Wucherpreise. Besonders in Ziegelsteinen, von denen allein nur die großen Berliner Unternehmungen in der Zeit vom November 1926 bis März dieses Jahres 200 Millionen auf Abraz gekauft haben sollen. Bei diesen Käufen stiegen für die ersten 150 Millionen Steine die Preise von 27 M auf 34 M für je 1000 Steine; für 48 Millionen Steine auf 36 M für je 1000 und für 4 Millionen Steine auf 37 bis 38 M für 1000. Maßnahmen, wie sie die Wohnungsfürsorgegesellschaft der Stadt Berlin schon 1925 ergreifen wollte, um mit Mitteln der Hauszinssteuer auf dem Baustoffmarkt preisregulierend einzugreifen, wurden von der Aufsichtsbehörde, dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, unterbunden, der für diese Zwecke die Verwendung von Hauszinssteuermitteln verbot. So steht es in Preußen aus; auch in andern Ländern wird der Bureaokratismus sich bemerkbar gemacht haben.

Dies Baujahr sollte nach dem Willen führender Wirtschaftskreise einen entscheidenden Schritt zur freien Wirtschaft bringen. Von der Wohnungswirtschaft sollte abgebaut werden. „Die Wirtschaft“ wollte zeigen, daß sie

selbst bauen und den Bedarf an Wohnungen voll auf decken könne, wenn die freie Wirtschaft eingeführt werde. Zu diesem Zweck machen sich die Realkreditinstitute stark und entwerfen ein eigenes Baufinanzierungsprogramm. Auf dem privaten Kapitalmarkt sollten 1200 Millionen aufgebracht werden, davon 300 Millionen durch die Sparkassen und 600 von den Hypothekendanken. Der Optimismus der Banken wurde aber nur kurze Zeit gerechtfertigt. Anfangs wurden die Pfandbriefe gut abgesetzt. Dann versagte aber der private Kapitalmarkt, auf dem sich doch der Uebergang zur „freien“ Bauwirtschaft vollziehen sollte, und nun ist ein schwerer Rückschlag in der Finanzierung eingetreten. „Die Bautätigkeit ist ernstlich gefährdet. Es besteht die akute Gefahr, daß sie im Juli zum Erliegen kommt. Die angefangenen Bauten dürfen zwar alle vollendet werden, neue Bauprojekte stoßen aber auf die größten Schwierigkeiten,“ so beurteilt Dr. A. S. im „B. Z.“ die Lage auf dem Bauprogramm. „Die Stockung wird sicherlich nicht ewig dauern, aber sie bedroht die Bautätigkeit dieses Jahres und beweist, daß auf Grund einer augenblicklichen Geldknappheit dieser an sich so notwendige und wünschenswerte Uebergang zur freien Wirtschaft nicht überstürzt werden darf, sollen nicht schwere Rückschläge ihn aufhalten. Durch das Versagen des privaten Kapitalmarktes ist auch der Plan zusehends geworden, die Mittel der Hauszinssteuer durch Zahlung von Zinsbeihilfen zu strecken. Das Aufkommen aus der Hauszinssteuer im Jahre 1927 wird auf 800 Millionen geschätzt. Davon sind 200 Millionen schon im vorigen Jahre vorverbraucht worden, es bleiben also nur 600 Millionen übrig. Darum wurde geplant, diese Mittel zu strecken. Durch Zinsbeihilfen sollte die erste Hypothek verbilligt und der Betrag der ersten Hypothek von 3000 auf 5000 M für die normale Zweieinhalbzimmerwohnung erhöht werden. Da aber infolge des Kapitalmangels die erste Hypothek kaum über 35 bis 40 % hinausgegeben wird, so fällt der Streckungsplan damit unter den Tisch. Natürlich sind die drückenden Verhältnisse verschieden, aber im ganzen und großen ergibt sich ein durchaus unbefriedigender Zustand. Unter diesen Umständen scheint es sicher, daß die vorjährige Leistung von 210 000 Neubauwohnungen in diesem Jahre nicht erreicht werden wird. Mit andern Worten: die Wohnungsnot wird 1927 noch zunehmen. Der jährlich neu auftretende Bedarf an Wohnungen beträgt 200 000 Wohnungen. Mindestens 10 000 Wohnungen müssen gebaut werden, um abbruchreife Wohnungen zu ersetzen. Die vorjährige Bautätigkeit deckte also den Bedarf, die diesjährige Bautätigkeit wird hinter dem Bedarf zurückbleiben.“ — So liegen die Dinge tatsächlich. Die kapitalistische Wirtschaft ist heute nicht einmal mehr imstande, eine ausreichende Wohnbautätigkeit zu entfalten. Und das in einer Zeit, wo auf dem allgemeinen Geldmarkt alles andere, nur keine Knappheit herrscht!

Wenn Knappheit herrschen würde, würde ein anderer Vorgang auf dem Bauprogramm so unverfälschter sein. Die amerikanische Firma Chapman & Co. wollte — wie auch im „Grundstein“ mitgeteilt worden ist — zunächst in Berlin ein sehr großes Bauvorhaben ausführen. Dieses Vorhaben sollte mit deutschen Arbeitern und deutschen Baustoffen verwickelt werden und die Firma wollte es selbst, zu einem allerdings etwas höheren als den jetzt geltenden deutschen Zinssfuß, finanzieren. Nun wird bekannt, daß sich der preussische Wohlfahrtsminister gegen diese Pläne wendet, weil er „der Stadt Berlin nicht gestatten würde, Teile der Hauszinssteuer für den Bau dieser Wohnungen den Amerikanern zur Verfügung zu stellen.“ — Eine merkwürdige Forderung! Denn die amerikanische Firma hat — unseres Wissens — nie Hauszinssteuergebelter verlangt.

Die Lage auf dem Bauprogramm zeigt erneut, daß „die Wirtschaft“, oder die Leute, die sich so nennen, nicht fähig sind, die so dringende nötige Wohnungsbautätigkeit zu entwickeln. Der Zusammenbruch des privaten Geldmarktes hat mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit der Beibehaltung der Hauszinssteuer bewiesen. Nachdem auch die Behörden — Reichsarbeitsministerium und verschiedene Wohlfahrtsministerien — völlig versagt haben, erwarten wir, daß sie der Befestigung ausländischen Kapitals auf dem Bauprogramm keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten, sondern alle Mittel anwenden, um das Erliegen der Bautätigkeit zu verhindern. Der Wohnungsbau ist eine der vorzüglichsten sozialen Aufgaben. Er wird auch eine wohlthätige Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft ausüben.

Bundesausschussprüfung des ADGB.

In der Sitzung des Bundesausschusses am 19. und 20. Mai in Berlin, in der einleitend Leipzig einen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Monaten gab, wurde zu den Bestrebungen der Regierung, die Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien zu verschärfen, Stellung genommen und folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: „Der Ausschuss des ADGB erhebt Protest gegen die von den Parteien des Bürgerblocks im Reichstag beantragte Verschärfung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Durch die Zulassung der 60stündigen Arbeitswoche und der Sonntagsarbeit wird in mehr als der Hälfte aller Betriebe die Kontrolle der Aufsichtsbehörden über die Einhaltung der Arbeitszeit zur Unmöglichkeit. Die Arbeitslosigkeit im Beruf wird eine starke Zunahme erfahren und Reich und Gemeinden noch stärker belastet. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus besteht durchaus nicht. Seit der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages ist eine starke Zunahme der Maschinenbetriebe zu verzeichnen, wodurch eine bedeutende Zahl von Arbeitern aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen wurde. Eine lange und unkontrollierbare Arbeitszeit würde bei der Proletenstellung wieder die großen Mißstände auslösen, wie sie so häufig vor der Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien

bekannt haben. Der Achtstundentag und die sechsstägige Arbeitswoche sind in diesem Gewerbe mit mehr als zwei Drittel Kleinbetrieben unbedingt notwendig, wenn das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, unter Beobachtung aller hygienischen und sanitären Anforderungen einwandfrei hergestellt werden soll.“ Ferner gab der Ausschuss einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Dreifachschichtsystem für die Hüftenarbeiter in kürzester Frist wieder zur Einführung gelangen müsse und die Hüftenarbeiter dem Schluß des § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden müssen, um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichsarbeitsrates müsse seine Untersuchung beschleunigt durchführen und der Reichsarbeitsminister alsdann die entsprechende Verordnung erlassen.

Ueber die Durchführung des Arbeitszeitgesetzes berichtet Dr. P. Es sei im großen und ganzen gelungen, die Arbeitsgerichtsbehörden so aufzubauen, daß eine gezielte Tätigkeit zu erwarten sei. Außer in Bayern und Württemberg. Die Arbeitsgerichte seien geschaffen und bei der Bestellung der Richter sei einbezüglich möglich gewesen, die 4 anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungskörper festzulegen. Württemberg auf die vielen Klagen hin, daß die Rechtsanwaltschaft sich so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleben. Im Arbeitszeitgesetz sei erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozeßvertreter in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Reihen stellen. Der Bundesvorstand ist daher der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt, nachdem die Gewerkschaften klaren Recht erreicht haben, Verträge mit Rechtsanwaltschaft abzuschließen. Die Gewerkschaften müssen selbst für die Durchführung des kollektiven Arbeitsrechts eintreten. Der richtige Weg sei der Ausbau der Arbeitersekretariate. Statt 5000 wie bisher, werden künftig vielleicht 30 000 Streitfälle jährlich berufsartig sein. Die Rechtsanwaltskosten würden etwa 2 250 000 M betragen; diese Kosten können teilweise erpart werden, ohne daß grundsätzlich auf jede Heranziehung von Rechtsanwaltschaft verzichtet wird. Der Bundesvorstand wird für eine einseitige Schulung der Richter Sorge tragen müssen. Das ist heute leichter möglich als bisher. Der Bundesvorstand wird eingehend durchgearbeitete Vorschläge unterbreiten. Außerdem schlägt er die Herausgabe einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeitervertretung vor, die sich bei guter Leistung bald eine angenehme Stellung erringen könne. Der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte habe vor dem Kriege Gutes geleistet. Seit 1918 könne man das nicht mehr behaupten. Die Anregung, einen neuen Verband, einen Arbeitsgerichtsverband, zu gründen, hat der Bundesvorstand einstimmig abgelehnt. Der Bundesvorstand und die Bezirkssekretariate können die Funktionen eines solchen Verbandes selbst übernehmen. Die Gewerkschaften brauchen auch keine Entachten eines solchen Verbandes. Sie wissen selbst, in welcher Weise sie das kollektive Arbeitsrecht wollen. Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Weiskern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen. 16 sind bewilligt worden, und zwar wird von uns vorgeschlagen: 11 für den ADGB, und 5 für den Deutschen Gewerkschaftsbund, 2 für den Gewerkschaftsring zu benennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will 4 Weiskern. Die Unternehmer haben nun den Wunsch, daß doch 18 Weiskern benannt werden. Dann würde die Verteilung entsprechend 12, 4 und 2 sein können. Es komme nicht auf

„Ich kann dichten links, ich kann dichten rechts.“

Gustav Dreiflags unsterblicher Schmah, der schreiben kann links und rechts — im politischen Sinne — ist übertrassen. Wie wir der Frankfurter Zeitung entnehmen, verlesend aus Köln am Rhein ein „Schriftsteller“ unter dem Motto: „Deutsche Dichter in Vor!“ seine Gedichte, auf Postkarten gedruckt, wobei er in seinem Anpreisungsbrief betont, daß er sich besonders die Hebung des Arbeitsdenkens angelegen sein läßt, und sich nicht nur auf das Zeugnis des Syndikats eines Unternehmensverbandes beruft, sondern auch noch zahlreiche andere Empfehlungen anleitet. Dieser Poet des Unternehmertums scheint seine Gedichte in 2 Gruppen zu produzieren; erste Abteilung: Arbeitgeber-Gedichte; zweite Abteilung: Arbeitnehmer-Gedichte. Eine Probe der ersten Gruppe:

Dich jagt, wie die Schwämme, die Zweifel du bannst? Wolle nur wollen, und sieh, du kannst! Denn mo ein Wille, da ist ein Weg! Dem Willen vertraue und er wird reg! Und langsam empor aus dem Dunkel der Nacht Steigt hebelgebietend die Königin Nacht, Geleitend dich sorglich durch Wetter und Wind Und purpurumfütet — ein Königskind — Durchsdringt dich siegreich das staunende Tal, Stolz zeigt deine Stirne das Kampfesmal! Und ob dich vorzeiten die Horen verhöht: Sie beugen die Knie — du bist gekrönt!

Der Dichter krönt den Unternehmer nach siegreichem Kampf. — Wie anders die schlichte Zufriedenheit, die er offenbar den Arbeitern empfiehlt. Weißt er doch auch in seinem Rundschreiben darauf hin, daß die „Herren Angestellten“ vielleicht für die Gedichte Verwendung haben. Zwei Verse dieser Gedichte:

Und wenn man hat kein Leid, Das ist genugsam Freud! Und wenn dann noch die Sonne scheint, Mit Gott und der Welt man's ehrlich meint, Was wünscht, so frage ich mit Zug, Was wünscht man weiter noch vom Leben? Ich mein', es ist halt Glück's genug, Um andern davon abzugeben!

Und ob man arm ist oder reich; Im Grund genommen ist es gleich! Ein Stüchchen Brot, ein Endchen Wurst, Ein Labetränken für den Durst, Und für das Herz ein wenig Liebe — Was gibt's, das noch zu wünschen bliebe? So ist für jeden geforgt und der Arbeitsfrieden gesichert.

Herzerquickende Aussprache über die Frage: Backstein oder „Edel“-Puz.

Der bekannte Hamburger Architekt Friß Höger, Wecker und Erwecker der schönen Rohbaukunst, Schöpfer herrlicher Backstein- und Klinkerbauten, die jedes Maurerherz erfreuen, hatte auf der Leipziger Baumesse in Klinker ausgeführte Werkstücke ausgeföhrt, die dem Messiasführer der Berliner Zeitschrift „Bauwelt“ folgende Worte entlockten: „Eine Herausforderung der Kritik bilden die Klinker, meist im Verband als Wand oder Pfeiler vorgeführt. Die Kräftehen von Form und Farbe übersehen das Gedeckelwerk weiß. Verzerrungen und Verbeulungen, gestauchte Ecken und kunstvoll angefügte Schlackenreste feiern Orgien, schlagen Purzelbäume. Der vollmaßige Stein ist Ausmaß, so muß es scheinen. Kommen dann noch grünspan- oder schweinfurtergrüne Fugen hinzu, dann ist der Beschauer hingerissen. Höger, Höger, was hast du angerichtet?! Krüppel und Bucklige werden geschäft. Verstehen wir jene Zeit, die Zwerge und Verwachsene häßelste? Wird man unferne Zeit verstehen, wenn dieser Unzug fortgesetzt wird? Der farbige, auch gestammte Klinker soll sich der Architektur seines Bauteils unterordnen, nicht jeder Stein soll eigene Architektur haben, die das Gesamtbild zerreiht.“ — Die Industrie der farbigen Puz, denen gute Klinker unwillkommene Wettbewerber sein müssen, kann angesichts dieser Liebertreibungen auf besondere Beachtung ihrer anerkanntwert geschmackvollen Ausföhllung rechnen.“ — Darauf antwortete der also Warnarte in einem Brief, datiert: Hamburg, 30. April 1927:

„Höger, Höger, was hast du angerichtet?!“ so ruft mir ein feurer Vertrauter in der „Bauwelt“, Heft 11, 1927 zu. Ich will's sagen, was ich anrichte: Ich bin dabei, der Bauwelt (nicht der Zeitschrift) das Schönste, Edelste und Solideste, was es — für norddeutsches Bauen — gibt, vor Augen zu führen und meine Liebe, die ich zu dem Baueidelfein, dem Klinker, und zum Klinkerrobau habe, auch vielen, vielen andern mitzuteilen. Ich will die Bauwelt von allem Krüppel und Unholten befreien zu helfen versuchen. Mein Bestreben ist ideal. Es muß mir gleichbleiben, wenn mein Freund, Herr Edelpuß, dabei etwas Schaden leidet. Mein Freund führt übrigens nur seinen Familiennamen (Puz) zu Recht der Vornamen „Edel“ ist auch nichts weiter als Puz und Schein, und nur dazu angetan, Unwissenden die Augen zu verblenden, er tut nur so, als ob er abelig wäre. Er ist für Norddeutschland auch nicht besser als sein grauer Halbbruder Zementpuz, der durch Schminke, die er sich ins Gesicht streichen läßt, vornehm und fein zu scheinen lüdt.

Lieber Freund Edelpuß! Einer laß dir gesagt sein, daß ein wachsender, urmächtiger Baum mit seinem Herzen,

auch wenn er schwelge Hände hat, mir immer noch lieber ist als ein glatteckter, geschminkter, oberfauler Salonfasche. Im übrigen: Bezüglich der grünspan- und schweinfurtergrünen Fugen, die dir in ihrer Weisheit sehr normal sind, bist du sehr im Irrtum; sie begeistern das Volk teilweise nicht, wie du es meinst. Jedenfalls, ich für meinen Teil habe sie wie dich, aus meinem soliden Klinker-mauerwerk müssen sie für alle Zeiten fernbleiben.

Und nun, Freund Edelpuß: Du hast nur noch ein paar Jahre lang zu leben; erhalte deinen Sumor und Großhuhn bis zum Leben, und sei nicht traurig, wenn du bald sterben mußt; ein Kranz von mir ist dir sicher! Friß Höger. Dazu erhielt die Schriftleitung der „Bauwelt“ folgende Erwiderung: Bester Herr Höger! Ihre Begeisterung für den Klinkerbau in Ehren, aber lassen Sie es sich gesagt sein, Sie schehen in Ihren reinen, „idealen“ Bestrebungen weit über das Ziel hinaus, zudem sind Sie auch leider gar nicht richtig über den von Ihnen geschmähten „Edelpuß“, besonders seine Zusammensetzung, unterrichtet, doch das nur nebenbei! Ihr offenes ausgeprochener Haß gegen die Verwendung farbiger Trockenmörtel, der Ausdruck „Edelpuß“ wird auch von uns als nicht treffend abgelehnt, da er dem Laien keine rechte Vorstellung vermittelt, ist uns ein begrußenswertes Zeichen für das weitere gute Gedeihen des farbigen Puzbaues; denn jede vollkommene Einseitigkeit läuft sich tot! Zudem ist der in der deutschen Bauwelt herrschende Geist zu gesund, um sich einseitig vor den Wagen des Klinkerbaues spannen zu lassen. Alles ist schon einmal dagewesen, hat der alte Ben Alkiba mit Recht ausgerufen. So wie Sie heute, haben auch schon die Feinde des farbigen Puzbaues vor etwa 30 Jahren aus das Feld geerbt, durch ihre Bestrebungen, nur noch Klinkerbauten gelten zu lassen. Die schlechtesten Früchte sind es nicht, an denen die Wespen nagen! Unfern Tod werden Sie nicht erleben und wenn Sie auch so alt wie Methusalem werden sollten. Wir wünschen unfern „Feinden“ nicht wie Sie nur Schlechtes: Carpe diem quia minimum credula postero!

Tetranova und Steinspußwerke Verkaufsgemeinschaft O. m. b. H., Düsseldorf. Beide „Feinde“ sind also hinsichtlich ihrer Lebensdauer sehr optimistisch. Und das glücklicherweise (oder leider) mit Recht! Wenn aber Freund Edelpuß glaubt, seinem „Feind“ Klinkerbau schon heute kein Carpe diem (Pflücke den Tag) zuzurufen zu können, so wollen wir doch hoffen, daß der Klinkerbau sich noch zu viel wirkungsvollerem Leben entwickeln wird. Denn er hat noch eine große Aufgabe zu erfüllen! Ein wenig schöner als der „Edel“-Puz ist er doch auch; und das gerade deswegen, weil er farbigen Land, wie „grünspan- und schweinfurtergrünfarbige Fugen“ vermeiden will.

besondere fachliche Spezialkenntnisse, sondern auf gute Beherrschung des kollektiven Arbeitsrechts an. Das einheitliche Arbeitsrecht soll von allen Berufen und Industriezweigen gemeinsam gefördert werden.

Im Auftrage der vom Bundesauschuß eingeleiteten Kommission erstattete dann Schmitt Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform sowie für das gewerkschaftliche Unterhaltungsweien und unterbreitete formulierte Richtlinien. Nachdem für die Vereinheitlichung des Zeitrhythmus und der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vorschlägen der Kommission vom Bundesauschuß verabschiedet worden waren, stimmte er den neuen Vorschlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der lehramtsmäßigen Wartezeiten (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Wartezeit für Kampfunterstützungen (Streik und Maßregelung) sowie für soziale Unterhaltungen herbeiführen sollen. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen. Sie werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstagen der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai befaßte sich der Bundesauschuß zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß. Als Vertreter des Bundesvorstandes werden Leipart, Graßmann und Gertrud Hanna am Kongreß teilnehmen. Außerdem bereits in der 7. Bundesauschusssitzung genannten Verbandsvertretern wird auch August Frey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungssekretär des DGB, Knoll. Er trat für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen „Elementarschulen“, nämlich den Schulen und Kursen ein, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für die Kleinarbeit dienen. Die Schule soll allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine örtliche Zentralisierung der bestehenden Schuleinrichtungen und Kurse der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schuleinrichtungen. Die Zahl der festgestellten Lehrkräfte kann infolgedessen auf einige wenige beschränkt werden. Die Verbände können für ihre besonderen Lehrzwecke nach wie vor ihre eigenen Lehrkräfte stellen. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schülern Raum bieten. — Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sondereinrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Aussprache ergab einstimmige Zustimmung zu dem Plan der neuen Bundeschule. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, die Errichtung der Schule nunmehr vorzubereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben längerer Regelung vorbehalten. Vorher war noch mitgeteilt worden, daß Genosse Graßmann als Vorstandsmitglied des DGB, in den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes eintreten soll. — Zum Schluß der Tagung wurden die Reichsarbeitsrichter gewählt.

Hohe Löhne befechtigen die Arbeitslosigkeit.

In letzter Zeit wird der Meinungskampf ausgefochten, der sich um die volkswirtschaftliche Auswirkung hoher Löhne dreht. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß hohe Löhne die Grundlage einer gesunden Wirtschaft sind und die Kraft in sich haben, die Weltordnung zu einer dauernden zu machen. Der Gewerkschaftskampf bewegt sich in dieser Richtung. Diese theoretische Unterlage des gewerkschaftlichen Kampfes wurde lange Zeit nur von den Arbeitern und einigen Eingängern der bürgerlichen Wissenschaft verlassen. In letzter Zeit finden auch zahlreiche Unternehmer zu dieser Ansicht gekommen. Allerdings weniger in Deutschland, sondern hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von den deutschen Unternehmern gibt es nur wenige, die die Ansicht des steigenden Volkswohlstandes durch hohe Löhne unterstützen. Den Unternehmern zur Seite stehen Wissenschaftler, von denen vor allen der schwedische Professor Cassel zu nennen ist. Er hat sogar die Tribüne der Weltwirtschaftskongresskonferenz benützt, um seine Theorie von der Schädlichkeit hoher Löhne an den Mann zu bringen. Von dem Führer der deutschen Delegation, dem bekannten Unternehmer v. Siemens, wurde Cassel in Genuf entlassen. Er sah sogar alles Anheil der Welt in der Rollenfeigerung der Ware Arbeitskraft. Um diesen Meinungskampf erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, den Standpunkt der Arbeiterklasse immer wieder zu betonen und Argumente für seine Richtigkeit heranzuziehen. In diesem Meinungskampf ist den Gewerkschaften ein wertvolles Bundesgenosse in Gestalt eines Buches entstanden, das im Verlag der Heidelberg Verlagsgesellschaft und Druckerei G. m. b. H. erscheint. Dieses theoretisch gründliche Arbeit über die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne stammt von Dr. Karl Massar und ist eine erweiterte Preisarbeit der Universität Heidelberg. Daß eine solche Arbeit von der philosophischen Fakultät dieser Universität mit einem Preis bedacht wurde, ist zugleich ein ehrendes Zeugnis für dieses Institut. Die Schrift verdient es, in gewerkschaftlichen Kreisen in Massen verbreitet zu werden. Sie ist ein volkswirtschaftliches Lebensbuch eines jeden Gewerkschaftsfunktionärs, das die Eigenhaft hat, die gewerkschaftliche Kleinarbeit mit neuem Leben zu befruchten. Das Buch dient den nachfolgenden Ausführungen zur Unterlage.

Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kann sich auf die Konsumtion und Produktion verschieden auswirken. Sie kann auf Kosten des Unternehmerrgewinns gehen, der von der Unternehmerklasse persönlich verzehrt wird. Was der Unternehmer zum persönlichen Verbrauch weniger hat, erhält der Arbeiter mehr. Die Einschränkung des Unternehmerrgewinns wird sich vor allen Dingen in einer Verminderung des Luxuskonsums auswirken. Bei den Arbeitern wird sie sich in einer Erweiterung des Bedarfskonsums bemerkbar machen. Eine Lohnerhöhung kann ferner direkt auf Kosten aller Konsumenten gehen, indem sie von dem Unternehmer auf die Preise geschlagen und

damit die Ware verteuert wird. Die Frage der Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Konsumenten oder andere Schichten der Bevölkerung spielt in der Wirtschaftswissenschaft eine große Rolle. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Lohnerhöhung Preissteigerungen nach sich ziehen müsse und damit der Erfolg vergeblich sei. Eines ist aber unter allen Umständen zu beachten: Erhält die große Masse der Bevölkerung mehr Kaufkraft, dann findet eine Erweiterung des Massenkonsums und eine Einschränkung des Luxuskonsums statt. Verschiebungen auf der Konsumseite haben Umlagerungen in dem Mechanismus der Produktion zur Folge.

Besüglich der Einwirkungen des gesteigerten Massenkonsums und der damit geförderten Vergebung von Energien in der Produktion zu vermeiden und durch Einführung neuer und verbesserter Maschinen die Rentabilität des Betriebes zu heben. Kurzum, es tritt das zutage, was wir mit dem Worte Rationalisierung bezeichnen. Hohe Löhne haben sich in Amerika

GELÖBNIS
Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft.
Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel.
Unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen!

und auch in Deutschland als der stärkste Motor der Rationalisierung gezeigt. Gesteigerter Massenkonsum, erweiterte Massenproduktion und Rationalisierung bilden eine Stufenfolge. Die Rationalisierung zeigt sich in der Verminderung der Arbeitskraft. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge in das Gewerbe vermindert. Jede Ermäßigung des Lohnfonds durch Ausschaltung von Arbeitsmassen bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft und ist somit volkswirtschaftlich schädlich.

In der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung hat sich eine Erhöhung der Löhne in einer gewissen Verschwendung, beispielsweise einem höheren Verbrauch geistiger Getränke, ausgewirkt. Bei zunehmender Kultur der Arbeiterklasse hat aber eine Erhöhung des Einkommens in erster Linie eine bessere Lebenshaltung und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zur Folge. Ein Arbeiter, der wegen eines geringen Lohnes sich nur schlecht zu ernähren imstande ist, vermag nur verhältnismäßig wenig zu leisten. Die Familie eines solchen Arbeiters leidet Not und die Kinder wachsen zu nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften heran. Der schlechte Arbeiter wird nur mürrisch zur Arbeit gehen, seine wirtschaftlichen Sorgen lassen seine Arbeitsfreude nicht aufkommen. Dagegen haben die Worte von Herkner ihre volle Berechtigung: „Je kräftiger und gesunder ein Arbeiter ist, desto größer ist sein Vorrat an Energie, desto größer sein Drang zur Betätigung, desto leichter fällt ihm die Arbeit.“ Der gut bezahlte Arbeiter ist nicht mürrisch, sondern froh gestimmt, wie dies Amerika zeigt.

Auf das Bevölkerungsproblem ist der Lebensstandard der breiten Masse von großem Einfluß. Die Ansichten von Malthus und Cassel, daß bei erhöhten Löhnen die Arbeiterklasse sich rasch vermehren würde, so daß das Nahrungsangebot von Händen die vorher erzielten Erfolge wieder beseitige, hat sich als irtümlich erwiesen. Kassels ebernes Lohngesetz war eine theoretische Fehlkonstruktion. Wichtig ist, daß der niedrig gestellte Arbeiter wegen Mangel an kultureller Verfassung sich vielmehr dem Geschlechtsverkehr hingibt, als der Empfänger eines hohen Lohnes, der in guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt. Hochgestellte Arbeiter und Angestellte sehen weniger gedankenlos eine große Zahl von Kindern in die Welt. Die Qualität eines Volkes wirkt sich in seiner Quantität aus.

Die kapitalistische Produktion ist gekennzeichnet durch das Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft und der Erzielbarkeit der Arbeit. Daraus ergeben sich die Wellenbewegungen der Krise und die Hochkonjunktur. Krisen durch eine Senkung der Lohnhöhe mildern zu wollen, wird sich als ein Fehlschlag erweisen müssen. Die Unternehmer halten einen solchen Weg für volkswirtschaftlich richtig und notwendig. In Wirklichkeit wird die Krise dadurch verschärft und die Ausflüchte auf eine Besserung der Wirtschaftslage vermindert. Solange die Produktion planlos auf einem unmaßmäßigen Bedürfnis aufgebaut ist, solange wird es Krisenzeiten geben. Hohe Löhne werden zwar die Schwankungen der Wirtschaftslage nicht ganz vermindern, dennoch haben sie die Kraft, Krisen hinauszuschieben und abzumildern und die Zeiten guter Geschäftslage zu verlängern. Hohe Löhne vermögen die Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft in weitestgehendem Maße auszugleichen. Aus diesen Gründen haben sich selbst amerikanische Unternehmer gegen Lohnsenkungen erklärt. Nach einer Überlegungszeit haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Unternehmer von einem gesteigerten Lebensstandard einen Nutzen.

Die Behauptungen der Unternehmer um v. Siemens und ihrer wissenschaftlichen Kumpane sind eine geradlinige Fortsetzung der Theorie Ricardos. Die Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge hoher Löhne, sondern des niederen Lebensstandards in Europa. Niedrige Einkommen der breiten Massen haben die Lenden, fortsetzend immer weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Störungen hervorgerufen. Hohe Löhne bewirken erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgüter, sie reifen die Wirtschaft heraus aus Schlappheit und Erschlaffung, geben der Konsumtion neue Kräfte an und spannen die hinter der Produktion stehenden Kräfte an. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit Stodung der Absatzmöglichkeit, Stodung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß die Länder, deren Arbeiterschaft hohe Löhne bezieht, die wohlhabenderen, moralisch und geistig höherstehenden und deshalb fortgeschritteneren sind. Aus diesen und andern Gründen kommt Dr. Massar zu folgendem Schluß:

„Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohnerhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich erwünschte Forderung.“ Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Einsicht hätten, dann müßte ihr Interesse auf nichts anderes als auf eine Stärkung der Gewerkschaften gerichtet sein!

Die Forderungen zur Verbindungsordnung für Bauleistungen im Preussischen Landtag.

Zu dem in der vorigen Nummer des „Grundstein“ mitgeteilten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags, in der Frage der Ausführungsbedingungen zur Verbindungsordnung für Bauleistungen, sprach im Preussischen Landtag unser Kollege Haese, Wiesbaden. Im Nachstehenden geben wir seine Rede im Auszug wieder:

Hr. Haese (SPD), Wiesbaden: Nach Abschluß der Verhandlungen des Reichsverbundungsanschlusses über die Reichsverbundungsordnung wurde im vorigen Jahre vom Reichsfinanzministerium eine neue Reichsverbundungsordnung für Bauleistungen herausgegeben. Ein Ertrag des Reichsfinanzministeriums vom 11. August 1926 wies die Präsidenten der Landesfinanzämter sowie der Reichsbaubehörden auf diese Reichsverbundungsordnung als Unterlage zu nehmen. Inzwischen ist eine Eingabe an den Reichstag gelangt, in dem die Unternehmerverbände und die Handwerkerorganisationen des Baugewerbes den Reichsfinanzminister ersuchen, durch Verordnung oder Gesetz den Finanzämtern und Gemeinden zur Pflicht zu machen, bei der Vergabe von Arbeiten die Reichsverbundungsordnung für Bauleistungen als Unterlage zu benutzen. Vom Standpunkt der Arbeiterschaft, besonders der Bauarbeiter, müssen wir sagen, daß die Reichsverbundungsordnung kein Fortschritt ist, da die Anträge der Arbeiterschaft nicht berücksichtigt wurden. In einem Antrag, der hier verabschiedet wurde, wird das Staatsministerium ersucht, daß die Reichsverbundungsordnung als Unterlage bei Vergabe von Arbeiten durch die nachgeordneten Baubehörden dienen solle. In dieser Reichsverbundungsordnung ist keine Bestimmung enthalten, die die Unternehmer verpflichtet, die mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge einzuhalten. In § 4 Abs. 2 heißt es: „Der Auftragnehmer hat die Leistungen unter eigener Verantwortung nach dem Vertrage auszuführen. Dabei hat er die neuesten Regeln der Technik und die gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften zu beachten. Es ist seine Sache, die Ausführung seiner Vertragsleistungen zu leiten und für Ordnung auf seiner Arbeitsstätte zu sorgen.“ — Dann kommt der für uns wichtige Passus: „Er ist für die Erfüllung der gesetzlichen, polizeilichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Arbeitnehmern allein verantwortlich. Es ist ausschließlich seine Aufgabe, die sein Verhältnis zu den Arbeitnehmern regeln den Vereinbarungen und Maßnahmen zu treffen.“ — In diesem Absatz ist nichts über die Sicherung der Tariflöhne enthalten, was seit vielen Jahren von uns gefordert wird. Der Unternehmer kann also Löhne zahlen, wie es ihm beliebt, er wird von seinem Auftraggeber nach keiner Richtung zur Zahlung der Tariflöhne verpflichtet. (Zuruf im Zentrum: Tarife!) Es wird den Gewerkschaften die Aufgabe zuteil, dafür zu sorgen, daß die Tariflöhne eingehalten werden. Die baugewerkschaftlichen Organisationen sind gewiß stark genug, um diesem Nachdruck zu verleihen. Es gibt aber doch Fälle, in denen es notwendig ist, daß der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer geschützt wird.

Streit kommt noch etwas anderes in Frage: das ist die Schutzkürzung der Unternehmer untereinander. Ich will hier nicht auf Submissionsklauseln näher eingehen, aber das steht doch fest: wenn jeder Unternehmer, der für das Reich, den Staat oder die Gemeinde Arbeiten ausführt, die vertragliche Verpflichtung übernimmt, die Tariflöhne einzuhalten, daß der Unternehmer dann mit seiner Kalkulation etwas vorsichtiger sein wird. In § 15 der Reichsverbundungsordnung hat sich allerdings der Auftraggeber vor Überforderung durch Unternehmer geschützt, indem die Stundenlohnarbeiten nur nach den vereinbarten Stundenlohnätzen vergütet werden. Dann enthält der § 6 der Reichsverbundungsordnung unter anderem die Streikklausel, gegen die wir ebenfalls ganz energisch ankämpfen. In dem § 6 Absatz 2 heißt es: „Die Ausführungsfrist wird entsprechend verlängert, wenn die Behinderung vom Auftraggeber zu vertreten oder wenn sie verursacht ist durch Streik, Verursachung oder durch eine von der Berufsvorteilung der Arbeitgeber angeordnete Aussperrung im Betriebe des Auftraggebers oder in einem für ihn unmittelbar arbeitenden Betrieb.“ — Dadurch wird die Streikklausel, die aus den meisten Submissionsverträgen beseitigt war, wieder eingeführt. Wir verlangen, daß eine Kommission eingesetzt wird, um zu prüfen, ob bei Streiks oder Aussperrungen die Frist, die bis auf 3 Monate verlängert werden soll, dem Unternehmer zu geben ist oder ob die Arbeiten weitergeführt werden müssen. Dann sagt der § 26 Absatz 4, daß die Handwerker, die berufen sind, den Meisterfittel zu führen, hinsichtlich der Lehrlingsausbildung bevorzugt werden sollen.

(Sehr richtig! rechts.) Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Wir möchten aber die Staatsregierung darauf aufmerksam machen, daß die Lehrlingszählerei im Baugewerbe inzwischen einen solchen Umfang angenommen hat, daß wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wenden müssen. Wir sind dafür, daß den Lehrlingen eine gute fachliche Ausbildung gewährt wird. Das scheint uns aber unter den Verhältnissen, wie sie gegenwärtig im Baugewerbe eingetreten sind, nicht mehr gewährleistet zu sein. Der Facharbeitermangel im Baugewerbe, von dem eine ganze Reihe von Jahren hindurch auch in diesem Hause oft gesprochen wurde, ist längst tief eingedrungen. Im Gegenteil: im Baugewerbe ist ein Ueberangebot an Arbeitskräften, besonders auch von Facharbeitern, während des ganzen Jahres vorhanden. Anfang Mai dieses Jahres waren im Baugewerksbund 13 % der Mitglieder arbeitslos. Ich habe hier einige Zahlen über die im Baugewerbe beschäftigten Lehrlinge. Nach den Feststellungen der Bauernheimerverände betrug die Zahl der Maurerlehrlinge 1913 16 462, im Jahre 1924: 17 238 und im Jahre 1925: 20 600. Nach den Feststellungen des Deutschen Baugewerksbundes wurden Maurerlehrlinge gezählt im Jahre 1920: 23 400, im Jahre 1924: 22 797, im Jahre 1925: 30 565 und im Jahre 1926: 35 547. Das zahlenmäßige Verhältnis der Maurerlehrlinge zu den im Baugewerbe beschäftigten Gesellen einsehend, im Jahre 1910 kamen auf einen Lehrling 9,1 Gesellen, im Jahre 1924: 7,9 Gesellen, im Juli 1925: 6,2 Gesellen und im Juli 1926: 4,7 Gesellen. Hierbei müssen wir bemerken, daß die Ausbildungszeit der Lehrlinge im Baugewerbe 3 Jahre beträgt, und daß sie in der Regel 1 1/2 Jahre als Hilfsarbeiter beschäftigt werden. In den nächsten Jahren wird im Baugewerbe ein Ueberangebot von Facharbeitern vorhanden sein, so daß es sich die Eltern sehr überlegen werden, ihre Söhne noch dem Baugewerbe zuzuführen.

Wir vermüssen ferner in der Reichsverbindungsordnung einen Paragraphen über Arbeitsvermittlung. Die Vermittlung von Bauarbeitern durch öffentliche Nachweise wäre doch das mindeste, was mit aufgenommen werden müßte. Sie sehen also, daß wir eine ganze Anzahl von Mängeln in der neuen Reichsverbindungsordnung haben. Wir verlangen, daß die Ausführungsbestimmungen zu der Reichsverbindungsordnung alsbald erlassen und darin die Wünsche der Bauarbeiter berücksichtigt werden, die wir in unserm Antrag niedergelegt haben. Der Landtag hat am 26. Juni 1926 einen Antrag angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß bei der Ausführung von öffentlichen Arbeiten und der Ausschreibung von solchen der Unternehmer den Vorrang hat, der die Tariflöhne zahlt. Uneheliche Beschäfte hat das Preussische Abgeordnetenhaus bereits im Jahre 1912 gefaßt. Es heißt da: „Hierbei ist der Unternehmer in erster Linie zu berücksichtigen, der bestehende, tariflich vereinbarte Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllt und für die angebotenen Arbeiten zu erfüllen sich verpflichtet.“ — Dann hat dem Landtag im Jahre 1921 der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das öffentliche Verbindungswesen, vorgelegen. Der Ausschluß für das Verbindungswesen hat über diese Vorlage beraten. Auch in dieser Regierungsvorlage war die Sicherung der Tariflöhne bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten enthalten; ebenso die Anforderung an den Unternehmer, bei der Einstellung von Arbeitern den öffentlichen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Der Deutsche Baugewerksbund hat im Dezember 1926 der Reichsregierung und den Länderregierungen eine Denkschrift zugehen lassen, in der auf die Notwendigkeit der Förderung der Bauarbeiter hingewiesen wird. In dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß zu der Verbindungsordnung für Bauleitungen Ausführungsbestimmungen erlassen werden, in denen die berechtigten Wünsche der Bauarbeiter berücksichtigt werden. Wir beantragen, den Antrag dem Ausschluß für das Verbindungswesen zu überweisen. Gleichzeitige möchte ich den Herrn Staatsminister dringend bitten, für die Durchführung der Beschäfte des Preussischen Landtags vom Vorjahre einzutreten. Ein Unternehmer, der öffentliche Arbeiten ausführt, muß zur Zahlung der Tariflöhne sowie zur Vergütung öffentlicher Arbeitsnachweise verpflichtet werden. Ganz besonders muß die Streikklause aus der Reichsverbindungsordnung verschwinden. Wir hoffen, daß die von uns vorgebrachten Wünsche bald in Erfüllung gehen. (Zwapel bei den Sozialdemokraten.)

1000 Mark Geldstrafe wegen Uebertretung der Arbeitszeitverordnung.

Die Firma Harrfeld führt in Curslack bei Hamburg Vergedorf Erdbarbeiten aus. Dabei wurde im März teilweise bis zu 13 Stunden täglich gearbeitet, ohne daß den Arbeitern für Ueberstunden ein Zuschlag gezahlt wurde. Am 19. Mai hatte sich nun der Bauarbeiter, der für diese Wirtschaft verantwortlich ist, vor dem Vergedorfer Schöffengericht zu verantworten. Er verteidigte sich damit, daß die Arbeit freiwillig geleistet worden sei. Nach umfangreicher Beweisaufnahme stellte jedoch der Amtsanwalt fest, daß eine Zeitlang regelmäßig erheblich über 8 Stunden täglich gearbeitet worden ist, ohne daß die Belegschaft damit einverstanden war. Da die Arbeitszeitverordnung besonders im Interesse der Erwerbslosen eingehalten werden müsse, beantragte er eine Geldstrafe von 1000 M. Das Gericht stellte sich einstimmig auf den gleichen Standpunkt und verurteilte den Angeklagten zu 1000 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten. In der Begründung wies es darauf hin, daß die Firma einen ganz erheblichen Vorteil aus dieser Ueberstundenwirtschaft gezogen hat, während der Beklagte von ihr nur vorgezogen sei. Das dürfe aber das Gericht nicht hindern, dem sozial wohl begründeten Gesetz Geltung zu verschaffen.

Nieder mit dem Faschismus!

In Deutschland ist in der letzten Zeit viel vom Aufkommen einer faschistischen Bewegung geschrieben und geredet worden. Besonders im Zusammenhang mit dem Stahlhelm, der am 8. Mai in Berlin abgehalten wurde.

Mer in der Provinz von den Vorbereitungen zu diesem Reichstreffen der Schwarzweißkroten las, das die Reichshauptstadt in Erfahren setzen sollte, wer ferner Kunde erhielt von den von der kommunistischen Partei geplanten Gegenmaßnahmen, der konnte die Befürchtung hegen, es würde zu blutigen Zusammenstößen, zum gewaltigen Eingreifen der bewaffneten Macht kommen. Nichts von dem ist geschehen. Wenn den Stahlhelmsmitgliedern etwas auszeichnete, dann war es die kühle Ablehnung von der großen Berliner Bevölkerung und die Zurückhaltung, die selbst in kommunistischen Kreisen geübt wurde. Berlin empfing die Stahlhelmer nicht mit offenen Armen, Hurra-geheul oder Fahnenwinken. Daß hier und da aus dem Fenster eine Fahne in den alten monarchistischen Reichsfarben herabhing oder in Durchzugsfarben ein „Heil, Heil!“ gerufen wurde, kommt als unbedeutende Abweichung ablehnender Allgemeinstimmung Berlins nicht in Betracht. Im großen und ganzen glich die Veranstaltung einem Kriegereventsammel alten Stils mit der vielsagenden Zugabe eines das Ganze beherrschend umpannenden Polizeiaufgebots; Polizisten zu Fuß, zu Pferde und per Auto hinten und vorn, jeden nicht zur Roborte Gehörden in mindestens 10-Meter-Abstand zurückhaltend. Die Beteiligung an dem Stahlhelmaufmarsch war nicht unbedeutend: das geschlossene Auftreten, gedeckt durch zahlreiches Polizeiaufgebot, machte jeden Versuch einer angreifflustigen Demonstration gegenstandslos. Eine Parole an die Arbeiterkräfte zur Fernhaltung von allen Straßen, die von den Hakenkreuzbrüdern betreten werden, hätte bei strenger Befolgung den Geist der Nichtachtung noch schärfer zum Ausdruck gebracht.

Das Treffen der Hakenkreuzbündler sollte dortan, wie stark in der Republik der monarchistischen Denkmale ist, daß er, genau jo wie die Dummheit, nicht totzuschlagen, nicht auszurotten ist. Deutschland gilt seit bald 10 Jahren als eine demokratische Republik, die alle Befinnungen gelten läßt. So will es die Demokratie. Der einfache Menschenverstand allerdings findet es nicht als im Interesse ihrer Selbsterhaltung gelegen, daß die Republik Westreibungen, die auf ihre Vernichtung abzielen, derart breiten Spielraum gewährt.

Der Stahlhelmtag steht mit gewerkschaftlichen Fragen zwar in keinem unmittelbaren, wohl aber insofern im mittelbaren Zusammenhang, als die reaktionäre monarchistische Bewegung übergreift auf das wirtschaftliche Gebiet und hier ihrem Einfluß Geltung zu verschaffen trachtet. Was auch Schönes und Gutes über die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung in der Verfassung der Republik geschrieben steht, der Ausschattung menschlicher Arbeitskraft geht es einseitig um schwache Grenzen. Wirtschaftliche Leben ist nicht immer durch, und der Reaktion steht sich noch zum guten Teile immer durch. Wenn es dann damit weit genug gekommen ist, dann werden die Stahlhelmgardisten ihren faschistischen Charakter offen zur Schau tragen, sich rücksichtslos gegen die Arbeiterkraft im Dienst des Unternehmertums betätigen. Eine Niederwerfung der Republik, der Sieg des monarchistischen Staatsgedankens, wird eine gemaltene Unterdrückungspolitik der Reaktion gegen die freiwillig gefasste Arbeiterkraft zur Folge haben. Da es sich bei Aenderung der Staatsform nicht mehr so sehr um ideale, sondern viel mehr um materielle Dinge handelt, nämlich um die Sicherung des Besitzes und seine Vererbung, um die Geltendmachung seines Einflusses in Staat und Gesellschaft, wird sich der Kampf in hervorragender Weise gegen die Gewerkschaften richten; ein Sieg der Reaktion kann zur Todesstunde der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen werden. Dazu bedarf man des Stahlhelms und der Faschisten mit dem Hakenkreuz, dieser Totschläger aus Prinzip. Worauf es ankommt ist nicht, durch GegenDemonstrationen den Stahlhelms- und Monarchistendemonstrationen Schwierigkeiten zu bereiten. Die deutsche Arbeiterkraft hat viel wichtigere Aufgaben und anderes zu tun: den Bestand der gegenwärtigen Staatsverfassung sicherzustellen. Gewiß ist die demokratische Republik in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit nicht ihr Ideal, jedoch solange nichts Besseres an ihre Stelle gesetzt werden kann, ist sie jene Staatsform, die eine freie Entfaltung der Arbeiterbewegung gewährleistet. Es kommt lediglich auf die Macht an, die sich die Arbeiterkraft im Staats- und Wirtschaftsleben zu erringen vermag. Hier liegt der Schwerpunkt unserer politischen und wirtschaftlichen Betätigung.

Erfüllt die deutsche Arbeiterkraft ihre Aufgaben in vollem Maße, erkennt sie im Faschismus die drohende Gefahr, von der Reaktion überwunden und zu Boden gemorset zu werden? Es wäre nicht das erstemal, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Opfer der Reaktion werden; schon vor Jahrzehnten waren sie der Auflösung anheimgefallen, nach zwölfjähriger Verfolgung konnte die deutsche Arbeiterbewegung neue Formationen schaffen. Geht die Verfolgung nun erneut ein, dann hat darin die Reaktion bereits Erfahrung. Sie wird Mittel und ungehobelter Särte anwenden. Italien, wo man freihetliche Politiker und Gewerkschaftsführer einfach niederschalt, lie ins Ausland verlag, ist dafür Beweis. Die deutschen Fememorde, bereits nach Hunderten zählend, gleichfalls.

Lebnt, ihr deutschen Arbeiter, laßt euch ermahnen, aufzumuntern zur Werarbeit und zur Geschlossenheit! Die „Einheitsfront“ wird nie und nimmer zustande kommen im Ferninteresse von sozialistischen, die keinen anderen Einsinnung als die kommunistische; die „Einheitsfront“ wird auch nicht zustande kommen durch Herabsetzung der Gewerkschaftsarbeit als „reformistisch“, „verrat über“, „antirevolutionär“ usw. Das ist kein getrennt Marxisten, „um vereint den Gegner zu schlagen; so gewinnt man auch nicht die abseitsstehende Masse. Nie werden wir dem Gegner Respekt vor der Arbeitermacht einflößen! Soll die Reaktion gelangen, dem Faschismus der Boden abgetragen werden, dann gilt es, von nun an zielbewußt die Arbeiterkampfrout zu stärken. Der Reichstag und die Länderparlamente müssen schon bei den nächsten Wahlen eine Zusammenlegung erhalten, die jede Koalitionspolitik mit reaktionären Parteigruppen von vornherein ausschließt! Das Reichsparlament selbst muß nun fort der Republik werden; in ihm gilt es, den rechten Flügel bis zur Einflußlosigkeit zu schwächen, ihn aus seiner Reichsopposition zu vertreiben! Das ist eine große und schwere Aufgabe. Jedoch sie muß gelöst werden, die sozialdemokratische Arbeiterkraft Deutschereichs, besonders die Wie-

ner, zeigt uns den Weg. Dort wurden die letzten Parlamentswahlen zu einem wichtigen Vorstoß der Arbeiter. Es fehlen nur noch 7 % der Wahlstimmen, und die jetzt schon eingetragene Macht der Reaktion ist gebrochen. Das große Wien ist schon heute und seit Jahren überragend, besser Bewußt der Sozialdemokratie. Die deutsche Arbeiterbewegung unterwirft sich sehr zu ihren Ungunsten von der deutlicherreichlichen. Dort Geschlossenheit der Massen, bei uns liegt eine höfe, von gebähter Agitation vertieft Kluff.

Die Arbeiterkraft braucht Parlamentsstärke für alle ihre Forderungen. Verkehrt wäre es indessen, alles vom Parlament zu erwarten. Die Gewerkschaften selbst müssen in viel höherem Maße als heute zu einem wirklichen Machtfaktor ausgestaltet werden! Ausdehnung und Kräftigung der Gewerkschaften mehrten die Durchschlagskraft der deutschen Arbeiterbewegung und sind notwendig im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aus den Kur-Beitragszahlern müssen wir aktiv am Gewerkschaftsleben teilnehmende Mitglieder, Mitkämpfer machen. Die noch unorganisierten Berufsgruppen und Genossinnen müssen wir für unsern Bund gewinnen. So entkräften wir die Reaktion und entziehen ihr die Hilfskräfte. Die Arbeiterkraft wird und muß siegen, wenn sie ihre Zeit versteht.

Aus der sozialen Bauwirtschaft.

Die Zahl der im März 1927 in den sozialen Baubetrieben Beschäftigten betrug 15 148 gegen 12 744 im März 1926. Durchschnittlich beschäftigte jeder Betrieb im März dieses Jahres 99, im März 1926 dagegen nur 72 Personen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß für März 1927 die Angaben von drei Betrieben, nämlich Klempererbetriebsgenossenschaft Hamburg, Olfser- und Tischlereiwerkstätten Jena und Schlesinger Bauvereinschaft, fehlen. Die Beschäftigung in den einzelnen Bezirken ist aus der Aufstellung zu ersehen.

| Bezirk | März 1926 | | März 1927 | |
|--|------------------|---------------|------------------|---------------|
| | Ange- stellte | Ar- beiter | Ange- stellte | Ar- beiter |
| Ostpreußen | 12 | 38 | 12 | 39 |
| Berlin | 27 | 161 | 25 | 173 |
| Sachsen | 14 | 79 | 15 | 82 |
| Mitteldeutschland | 18 | 123 | 20 | 144 |
| Nord | 24 | 93 | 24 | 89 |
| Nordwest | 20 | 69 | 17 | 44 |
| Rheinl.-Westfalen | 17 | 81 | 15 | 79 |
| Hessen | 7 | 34 | 7 | 44 |
| Südwest | 14 | 60 | 12 | 61 |
| Bayern | 14 | 72 | 10 | 55 |
| Verband sozialer Baubetriebe | 1 | 28 | 1 | 28 |
| Zusammen | 168 | 838 | 156 | 838 |
| Insgesamt | 12744 | | 15148 | |
| Jeder Betrieb beschäftigte im Durchschnitt | 5 | 67 | 5 | 94 |
| Zusammen | 72 | | 99 | |

Aus der Sozialgesetzgebung.

Uneheliche Kinder gelten als „Angehörige“ des Vaters. In der Arbeiterversicherung hat das Reichsversicherungsamt für die Invalidenversicherung bereits grundsätzlich entschieden, daß auch uneheliche Kinder im Verhältnis zum Vater als dessen „Angehörige“ zu gelten und deshalb Anspruch auf das bei Krankenaufenthalt des Versicherten zu leistende „Hausgeld“ haben. Jetzt ist diese Rechtsauffassung auch für die Krankenvversicherung, bei der nach einer früheren grundsätzlichen Entscheidung eines Senats des Reichsversicherungsamts ein entgegengesetzter Standpunkt eingenommen worden war, bindend geworden, und zwar durch eine grundsätzliche Entscheidung des Großen Senats (II a K. 65/26, Amtl. Ndr. 1927 Seite 243). Nach der früheren grundsätzlichen Entscheidung sollten als „Angehörige“ nur gelten „Familienangehörige, die in einem rechtlich anerkannten Verwandtschafts- oder Schwägerchaftsverhältnis zum Versicherten“ stehen, was bekanntlich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bei unehelichen Kindern nur der Mutter gegenüber der Fall ist. Die neue grundsätzliche Entscheidung des Großen Senats führt gegenüber dem früheren Rechtsstandpunkt des Reichsversicherungsamts aus: „Dieser Rechtsprechung vermahle . . . der Große Senat nicht zu folgen in der Erwägung, daß die neuere Rechtsentwicklung eine anderweitige Auslegung des in der RVO. gesetzlich nicht fest umschriebenen Begriffs „Angehörige“, und zwar insbesondere eine Ausdehnung auf die unehelichen Kinder gerechtfertigt erscheinen lassen. Bereits in der Reichsverfassung ist im Artikel 121 bestimmt, daß den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, feilsche und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen sind wie den ehelichen. Dieser Richtlinie entsprechend ist in der Gesetzgebung diese Gleichstellung bereits des öfteren erfolgt. In den §§ 1259 Absatz 2 Nr. 4 und 1291 Absatz 2 Nr. 4 der RVO in ihrer gegenwärtigen Fassung werden die unehelichen Kinder bezüglich der Waisenrenten und Rinderzuschüsse den ehelichen Kindern gleichgestellt, wenn die Rinderzuschüsse des Verstorbenen oder des Rentenempfängers festzustellen ist. Nach § 559 b RVO in der Fassung des zweiten Gesetzes über Wendeänderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 . . . wird Unfallverletzten unter bestimmten Voraussetzungen eine Rinderzulage nicht nur für eheliche, sondern auch für uneheliche Kinder gewährt, wenn die Vaterkraft des Verletzten festgestellt ist. Auf dem Gebiete der Militärversicherung erhalten uneheliche Kinder . . . Waisenrente, wenn die Vaterkraft des verstorbenen Kriegsbeschädigten glaubhaft gemacht ist. . . .“ Es sei anzunehmen, so heißt es zum Schluß der Entscheidungsgründe, daß es der gesetzgeberischen Absicht entspricht, die unehelichen Kinder den ehelichen hinsichtlich der Versicherungsleistungen auf allen Gebieten der Sozialversicherung gleichzustellen. Mit dieser Entscheidung des Großen Senats des Reichsversicherungsamts dürfte wohl nun endlich die strittige „Doktorfrage“ über die „Angehörigen“-Eigenschaft der unehelichen Kinder im Verhältnis zum Vater zugunsten der unehelichen Kinder aus der Welt geschafft sein.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund
Feststellungsergebnis vom 9. Mai 1927.

Table with columns for 'Baugewerksbund', 'Arbeitslos', 'Beschäftigt', and various regional sub-categories like 'Bauphilanten', 'Bauphilanten', etc.

Die Arbeitslosenziffer in der Berichtswochen ergibt eine weitere Senkung der Arbeitslosigkeit. Von insgesamt 671 Baugewerkschaften haben 641 mit zusammen 336 252 Mitgliedern berichtet. Davon waren 32 564 oder 9,68 % arbeitslos, gegenüber 37 637 oder 11,30 % in der vorigen Woche. In Danzig ging die Arbeitslosigkeit von 31,4 % auf 28,8 % zurück. Über 10 % Arbeitslose haben die Bezirksverbände Köln mit 20,2 %, Breslau 15,6 %, Königsberg 13,7 %, Karlsruhe 13,2 %, Nürnberg 12,4 %, Frankfurt 12,3 % und Berlin mit 11,1 %. Die niedrigste Arbeitslosenziffer haben die Bezirksverbände Hannover mit 1,3 % und Hamburg mit 5 %. Alle andern Bezirksverbände haben über 5 bis zu 10 % Arbeitslose. An dem Rückgang der Arbeitslosigkeit sind alle Bezirksverbände und Berufsgruppen beteiligt. Die Zahl der arbeitslosen Maurer hat sich von 10 865 auf 8557 verringert, die der Bauhilfsarbeiter von 19 294 auf 17 130.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gesperert sind in Löffelrode Chr. Försterlein, in Läden- scheid die Firma Reitz & Paul aus Köln (Städtischer Neubau), in Osterwieck die Waffeln der Unternehmer Ludwig Schmidt, Ingenieur Hundertmark und Julius Rammecke, in Peine die Firma Hülsh & Ahrens, in Waldenburg i. Schl. die Firma Hofeisel, in Jagdbrunn (Baugewerkschaft Wolgast) Hans Peters. Oestreit wird in Oberlahmstein, in Rohnsburg ob der Tauber, Schmal- kalden, Verden an der Aller, Salzgungen, Eulingen, Schmößlich-Hall und in Steinbad.

Folierer: Gesperert ist Winzer & Co. in Ebersfeld. Kunststein- und Terrazzoarbeiter: Königsberg i. Pr., Deutsche Kunststeinwerke (Inhaber Bruno Bauer) in Tilsit. Stukkateure und Gipser: In Bötlingen-Sindelfingen, Dorfmann, Oera, Karlsruhe, Königsberg i. Pr. und Vörrach streiken die Kollegen im Streik. Töpfer: Gesperert ist für Dönscher Groß-Berlin, Burg bei Magdeburg (Uhlmann). In Muskau streiken die Scheibentöpfer.

Schwewe. (Lohndrückende organisierte Bauunternehmer.) Daß es auch organisierte Unter- nehmer gibt, die sich um die Zahlung des tariflich vereinbarten Lohnes herumdrücken, ist leider nichts Neues. Der Tiefbauunternehmer Friedrich Müller, Ostfingen, war im März und April an der Wahlfreie Debra-Obingen bei der Station Soheneid mit der Aufsührung von Oberbau- arbeiter beschäftigt. Für die Arbeitsstelle, die zum Lohn- gebiet Schwewe gehört, betrug der tariflich vereinbarte Stundenlohn 74. Müller zahlte aber nicht diesen Lohn, sondern ließ unter Androhung der Entlassung oder der Nichtbestellung eine „Arbeitsordnung“ unter- schreiben, wonach der Lohn nach Leistung gezahlt werden sollte und zahlte dabei eigenmächtig unter Tarif. Da die größte Zahl der hier Beschäftigten unorganisiert war, wurde diese „Arbeitsordnung“ auch unterschrieben. Einige organisierte Kollegen erhoben aber Anspruch auf den Tarif- lohn und übergaben die Sache ihrer Organisation. Wir wandten uns zunächst an den Unternehmer mit der Auf- forderung, den Unterschied zwischen dem Tariflohn und dem tariflich gezahlten nachzugeben. Müller antwortete aber nicht einmal. Die Baugewerkschaft Schwewe wandte sich dann mit einer Lohnkarte an das Gewerbegericht S t f f i n - g e n, das am 11. Mai zugunsten der Arbeiter entschied und Müller zur Zahlung des Differenzbetrages sowie zur Tra- gung der Kosten des Rechtsstreites verurteilte. Unser Ver- treter machte in der Verhandlung geltend, daß die Unter- schrift der Arbeiter, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, unter Androhung der Entlassung gegeben worden sei, und deshalb gegen die guten Sitten verstoße. Außerdem sei nach § 1 der Verordnung über Tarifverträge der tariflich vereinbarte Lohn nicht a b d i n g b a r. Diesen Einwendungen ist das Gewerbegericht im wesentlichen gefolgt. In der Begründung seines Urteils heißt es: „Die Vereinbarung eines niedrigeren Lohnes von 65.5 stand im Widerspruch mit der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 und war daher unzulässig.“ Dieses Urteil zeigt wiederum, daß die Wände der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen, wenn die Arbeiter einer gewerkschaftlichen Organisation angehören! Goslar. Der Streik der Maurer und Hilfsarbeiter im Landkreis Goslar ist beendet. Der Stundenlohn wird sofort von 70 auf 80, am 28. Juli auf 85.5 und am 20. September auf 86.5 erhöht. Diesen Erfolg haben wir

nur unserer Geschlossenheit zu verdanken. Der Kampf war hart, weil das Unternehmensglaube, daß sich Arbeits- willige finden würden, die mit den Lehrlingen die Arbeit fertigstellten. Wir wünschten, daß die Unternehmer durch diesen Kampf gelehrt haben und nicht wieder bei schlechter Bauqualität Lohnabzüge vornehmen; denn es wird immer die Zeit wiederkommen, wo die Arbeitsmöglichkeit gut ist und wir dann den Kampf um das Verlorene aufnehmen werden. Unsern Kollegen rufen wir zu: sorgt auch ferner dafür, daß jeder Bauarbeiter dem Baugewerksbunde zu- geführt wird! Auch um das Er kämpfe zu halten, brauchen wir eine starke Organisation.

Salzgungen. Die Salzgunger Bauunternehmer sind tariffrüchtig geworden. Die Ortsgruppe des Thüringer Bezirksarbeiterverbandes ist stark gelockert, und zwar mit Absicht, um sich den Lohnbestimmungen des Bezirks- tarifvertrages zu entziehen. Bis Mitte April wurden noch die Tarifhöhe gezahlt. Aber die neuen Lohnbestimmungen vom 14. April lehnten die Unternehmer ab. Die Bau- gewerkschaftsleitung gab sich die denkbarste Mühe, auf dem Verhandlungswege die Tarifhöhe zur Durchführung zu bringen; dies scheiterte aber an der Starrköpfigkeit der Unternehmer. Selbst dem Bürgermeister Dr. Maß, der versuchte, den Streit auf dem Verhandlungswege zu erledigen, war dies nicht möglich. Die Unternehmer wollen nach Gutdünken schalten und walten: „Die den Lohn wirklich verdienen, denen wollen wir den Lohn geben; aber die vom Lande kommen, die verdienen den Lohn nicht, und denen zahlen wir, was wir wollen. Einen Vertrag wollen wir nicht.“ Dies und anderes mehr war die Rede des Sprechers der Unternehmer, des Maurer- meisters Hill. Darauf haben wir sowie auch die Zimme- rarbeiter am 20. Mai geschlossen die Arbeit eingestellt; auch nicht ein Mann blieb stehen. Das war den sonst so wider- spenstigen Unternehmern doch etwas zu unerbötigt gekom- men. Gerade die Unternehmer, die immer erklärten, die Bauarbeiter seien nicht mehr fähig zu streiken, ihre Or- ganisation lauge nichts mehr, machten recht lange Ge- schichter, als die Bauhilfsstellen stilllagen. Nun liegt es an den Bauarbeitern Salzgungen, zu zeigen, daß sie das Kämpfen nicht verlernt haben. Einig und geschlossen müssen und werden sie in dem ihnen von den Unternehmern auf- gezwungenen Kampfe ausdauern, um wieder geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe herzustellen.

Aus den Bezirksverbänden

Maurer gesucht. In einigen Orten Westfalens werden Maurer gesucht. Die Verbände solcher Baugewerkschaften, von deren Mit- gliedern noch Maurer in größerer Anzahl arbeitslos sind, wollen sich wegen Vermittlung arbeitsloser Maurer in Verbindung setzen mit dem Kollegen Hermann Kaufmann, Dortmund, Vestfingstr. 32, 1.

Aus den Gewerkschaften

Immenstadt. (Taurig, aber wahr!) Unsere Bau- gewerkschaft hatte am 6. Mai eine Versammlung einberufen, wozu der Antrag so groß war, daß die erschienenen 9 Kollegen unverrichteter Sache wieder heimgehen konnten. Es sollte aber anders kommen! Am 11. Mai hatten wir schon wieder eine Versammlung. In dieser sollte unser Kollege Schmit vom Bundesvorstand über die Tarif- bewegung im Baugewerbe sprechen. Alles war vorbereitet, aber, o weh, 12 Besucher, immer die gleichen! Die anderen brauchen ja nichts zu wissen und nichts zu hören; denn sie wissen ja schon alles! Im Wirtschafts wird polemisiert über den zu niedrigen Lohn, über zu hohe Beiträge der Verband- linge nichts, den Vorgesetzten die Wahrheit gesagt werden usw. Kommt aber einmal die Gelegenheit, dann liegt man diese Kollegen nicht in der Versammlung! — Kollegen von Immenstadt! Wir verkennen nicht, daß lange Arbeitslosig- keit und Entbehrungen die Schuld mit daran tragen, daß die Versammlungen schlecht besucht werden. Aber wir können nicht glauben, daß es jübel ist, einmal im Monat zur Versammlung zu kommen. Euer Wille und Euer Inter- esse für Eure eigene Sache muß Euch veranlassen, in unsere Versammlungen zu kommen. Die Versammlung ist der Ort, wo wir uns aussprechen können, wo wir über unsere Zukunft und über unser Lebensfragen miteinander beraten können. Es genügt nicht, nur den Beitrag zu zah- len! — Wir müssen wünschen, daß unsere Mahnung be- achtet wird, und hoffen für die Zukunft auf besseren Ver- sammlungsbesuch!

Königsberg i. Pr. (Bannerweibe.) Der 1. Mai war für unsere Baugewerkschaft von besonderer Be- deutung. Im Anschluß an den Mai-Festzug wurde im Garten des Gewerkschaftshauses unser Banner, das die Inschrift „Unsern starken Bund geling, was der Einzelne nicht zwingt“, geweiht. Einat übergab nach eindrucksvoller Rede das Banner der Baugewerkschaft. Seine An- sprache klang aus in die Worte: „Haltet in Ehren, was Ihr Euch geschaffen. Wehrt jeden Anschlag von Euch ab und zeigt, daß Ihr auch fähig der Pioniere der Arbeiter- bewegung seid. Gedenket des Tages, an dem Ihr Euer Banner weihet, seid einig und marschieret dem Morgen- der Freiheit entgegen.“ Der Vorliegende unserer Baugewerkschaft übernahm das Banner mit dem Ge- löbnis, es als Sinnbild unserer Kraft vorwärts zu tragen; die ihm anhängenden Gedanken in die Reihen derer hineinanzupflanzen, die unsern Bund heute noch fern- stehen. Wir lassen es nicht beschwunden, von welcher Seite auch immer Bestrebungen dazu im Gange sein mögen. Auch der Wimpel unserer Jugend wurde geweiht, dem die Worte der Redner ebenfalls galten. Das dressische und kräftige Hoch der fast vollständig erschienenen Mitglieder bekräftigte das Gelöbnis des Vorliegenden. Nachdem der Gesangsverein „Lord Folsen“ gelungen und einige be- freundete Organisationen Fahnenmäßig gependet hatten, setzte sich der etwa 4000 Kollegen zählende Demonstra- tionszug unserer Baugewerkschaft in Bewegung. Auf dem Trummelplatz sprachen 6 Redner zu den Massen, worauf der Rückmarsch nach dem Gewerkschaftshaus angetreten wurde.

Wilhelmshaven-Rüstringen. Am 8. Mai sagte unsere Vertreterversammlung. Die Anwesenheitsliste ergab, daß 22 Vertreter, 3 Revuejoren und 5 Vorstandsmit- glieder sowie als Vertreter des Bezirksvorstandes, Kollege

Lankena u., anwesend waren. Mühlberg gab den Geschäfts- und Kassenericht und betonte, daß der Vorstand bei der großen Arbeitslosigkeit, die im 1. Vierteljahr rund 50% der Kollegenenschaft erfasste, versucht habe, unsere Bau- gewerkschaft finanziell möglichst günstig durch diese schwere Zeit hindurchzubekommen. — Allseitig wurde anerkannt, daß die Verwaltung in finanzieller sowie auch in organi- satorischer und agitatorischer Hinsicht ihre Pflicht getan habe. Einstimmig wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Kritik wurde an dem Verhalten einiger Poliere geübt, die teilweise weit unter dem Tarif für Poliere und Schacht- meister arbeiten und oft als Antreiber auftreten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung werden solche Poliere als Lohndrücker bezeichnet. In seinem Schlusswort fordert Mühlberg alle Kollegen auf, den Vorstand in jeder Hinsicht zu unterstützen, dann werde auch unsere Organi- sation ihren Einfluß dahin geltend machen können, daß die Poliere sich in kollegialer Weise ihren Klassengenossen gegenüber benehmen. Unser Bund werde dann auch alle n Mitglieder eine Stütze im Kampfe gegen das Unternehmensglaube, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingun- gen, für die Erreichung eines besseren Bauarbeiterstatus sein. Ein Antrag Klische, daß die Baugewerkschaft Wilhelmshaven-Rüstringen als korporatives Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe beitreten solle, wurde ab- gelehnt und eine Entschließung des Vorstandes angenom- men, in der die Vertreterversammlung es ablehnt, unsere Baugewerkschaft irgend einer politischen oder sogenannten überparteilichen Organisation anzuschließen oder eine solche Organisation auch nur finanziell zu unterstützen. — Beim Bericht von der Lohnbewegung wurde von den Anhängern des vorher abgelehnten Antrages ein derartiger Tumult heraufbeschworen, daß der Vorliegende sich gezwungen sah, die im Anfang so würdig verlaufene Versammlung zu schließen. — Es ist wirklich nicht zum Wohle der Arbeiter- schaft, wenn Kollegen glauben, nachdem sie mit ihrer An- sicht keine Mehrheit gefunden haben, eine Versammlung am Weiertagen durch Spektakelmachen zu hindern. Im Gegenteil, das Ansehen und die Würde unseres Bundes leidet durch solche unliebsame Störungen großen Schaden, und zwar zum Nachteil der organisierten Bauarbeiterschaft und zum Vorteil der Unternehmer.

Aus den Fachgruppen

Feuerungs- und Schornsteinmurer.

Essen. In unserem Gebiet macht sich der Feuerungs- mauer Mag Skuhig sehr unliebsam bemerkbar. Trotz- dem er ein großer Stümper ist, verjuckt er die Kollegen des Baugewerksbundes bei den Firmen in Miskredit zu bringen. Mehrere Kollegen sind schon auf sein Betreiben hin entlassen worden und haben wochenlang keine Arbeit gehabt. Nachdem nun auch festgesetzt worden ist, daß Skuhig in der Schweiz unter Tarif gearbeitet hat, seien alle Kollegen vor diesem Menschen gewarnt.

Stukkateure und Gipser.

Münster i. W. Am 12. Mai fanden in Essen Ver- handlungen zur Neuregelung der Lohn- und Akkordbestim- mungen statt. In dieser Verhandlung nahm auch der Unternehmer 3 o h teil. Er gab die Erklärung ab, daß die Unternehmer nicht daran dächten, den Lohn oder die Akkordsätze auch nur um einen Pfennig zu erhöhen und verließ darauf das Verhandlungslokal. Die Verhand- lungen, die nun für das Industriegebiet geführt wurden, scheiterten. Auf Antrag der Unternehmer wurde der am- liche Schlichter angerufen, vor dem dann am 12. Mai ver- handelt wurde. Weil keine Einigung zu erzielen war, wurde eine unparteiische Schlichterkammer gebildet, deren Spruch sich beide Parteien unterwerfen. Er brachte eine Lohnerhöhung von 11.3 je Stunde und eine Erhöhung der Akkordpreise um 8,6 %. Diesen Schiedsspruch auch für Münster zur Anerkennung zu bringen, scheiterte an dem unerschämten Verhalten der Unternehmer in der Ver- handlung am 18. Mai. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Industriegebiet, die bisher auch in Münster galten, wollen sie heute nicht mehr anerkennen. Wir sind aber fest entschlossen, den Schiedsspruch zur Anerkennung zu bringen und werden uns keine Verschlechterungen auf- zwingen lassen. Deshalb sind die Stukkateure in Münster am 19. Mai geschlossen in den Streik getreten. Auch die Maurer werden heute Pagararbeit, die ins Stuckfach schlägt, ablehnen. Mehrere Unternehmer haben unsere Forderungen bereits anerkannt; auch liegen genügend Arbeitsangebote vor. Wenn die Unternehmer nicht ein- denken, wird nach Pfingsten kein Stukkateur mehr vor- handen sein.

Königsberg. Am 1. Mai war die Geltungsdauer unseres Vertrages abgelaufen, und obwohl wir schon am 13. April Verhandlungen für einen Neuaufschluß forder- ten, bequamen sich die Unternehmer erst sehr spät zu Ver- handlungen. Wir forderten 15.3 Lohnerhöhung und die Erhöhung der Akkordsätze. Die Unternehmer boten 5.3, verlangten die Herausnahme der Rabatarbeiten aus dem Vertrag und erklärten, sonst auf keinen Fall verhandeln zu wollen. Obwohl wir nun von unsern ursprünglichen Forderungen nachließen, hielten die Unternehmer an ihrer Forderung fest. Deshalb mußten wir am 13. Mai die Ar- beit einstellen. Als die Unternehmer sahen, daß es ernst wurde, bequamen sie sich zu einem andern Ton, und wir konnten bereits bei den Verhandlungen einzelne Fragen erledigen. Es ist zu erwarten, daß die Arbeit bald wieder aufgenommen werden kann. Einigung ist über den Lohn erzielt worden, der bis zum 7. September dieses Jahres geregelt ist, indem der bisherige Lohn um 6.3 und sämt- liche Akkordsätze um 3 % erhöht werden. Wir beantrag- ten, auch über den 7. September hinaus die Löhne zu regeln, und zwar die Stundenlöhne um weitere 4.3 und die Akkordsätze um 2 % zu erhöhen. Das Ergebnis der Verhandlungen muß abgewartet werden.

Töpfer und Fliesenleger.

Provinz Brandenburg. Mit dem Verband der Arbeit- geber des Töpfer- und Fliesenlegewerbes Deutschlands ist nachstehende Lohnvereinbarung abgeschlossen worden: „Die Stundenlöhne in der Vorortsklasse werden auf 1,50 Lt er-

höht; der prozentuale Altkordzuschlag auf den Bezirkslohn beträgt 35 %. In der Lohnklasse A beträgt der Stundenlohn 1,30 M, der Altkordzuschlag 18 %. In der Lohnklasse A wird der Stundenlohn auf 1,17 M, der Altkordzuschlag auf 5 % festgelegt. Die Lohnklasse B erhält den Stundenlohn von 1,07 M und es werden 98 % des Altkordtarifs gezahlt. — In die Vorortsklasse wird Lettow eingereiht. In die Lohnklasse A I werden Rathenow und Hoyersewerda eingereiht. Die Orte Trebbin und Jüterbog zählen in Zukunft zur Lohnklasse A. Ueber die Orte Koffbus und Senftenberg soll bis spätestens 1. Juli 1927 eine neue Verhandlung im Bezirk stattfinden. Bis dahin rangieren beide Orte in ihrer bisherigen Lohnklasse A. — Sobald der abgeänderte Berliner Tarif für Berlin in Kraft tritt, gelten auch diese Bestimmungen und Altkordläge vom gleichen Tage an für beide Parteien. — Diese Vereinbarung ist am 28. Mai in Kraft getreten und gilt bis zum 31. März 1928 unter der Voraussetzung, daß für Berlin bis zum gleichen Tage ein Vertrag geschlossen wird. Sollte für Berlin in der Zwischenzeit eine weitere Erhöhung der Löhne eintreten, dann muß auch für die Provinz Brandenburg eine weitere Verhandlung zwecks Lohn-erhöhung stattfinden.

Leipzig. Der Altkordtarif für Oefenseher wird vom 15. Mai an um 3 % erhöht, beträgt also nunmehr 43 %. Der Stundenlohn wird vom 15. Mai an um 5 % erhöht, der Gesamtstundenlohn beträgt demnach 1,40 M; für Arbeiter, die sich nicht im Altkord berechnen lassen, beträgt der Stundenlohn 1,55 M. Hilfsarbeiter erhalten vom 15. Mai an ebenfalls eine Zulage von 5 %. Vom 1. Juli an wird eine weitere Zulage gezahlt. Am den Abschluß eines Tarifvertrages wird noch verhandelt. Dem Abkommen haben beide Parteien zugestimmt.

Magdeburg. Seit Jahren versuchen die Oefenseher und Glaserer einen Tarifvertrag zu schaffen. Aber stets haben die Unternehmer Auswege gesucht. Die Altkordläge werden noch heute nach dem 1910 geschlossenen Tarifvertrag berechnet. Beide Parteien finden sich aber bei den völlig veränderten Oefenformen nicht mehr recht durch. Unsere Lohnkommission hat deshalb in eingehender Beratung einen neuen Tarif ausgearbeitet, der eine Berechnungstabelle vorstellt, die fast in ganz Deutschland, wo in Altkord gearbeitet wird, Anwendung findet. Schon 1925 wurde ein Entwurf eingereicht, fand aber keine Gegenliebe. Man einigte sich um des lieben Friedens willen wieder auf das alte. Nachdem die Anrechnung immer schwieriger wurde, die einzelnen Positionen gar keine Vergleiche mehr ermöglichen, sah es so aus, als wenn nun auch die Unternehmer das einsehen. Sie machten sich aber die Sache leicht. Ohne Verhandlung lehnten sie unsern Vorschlag ab und teilten mit, daß sie sich in harter Verhandlung einige Zugeständnisse abgerungen hätten. — Mit diesen Zugeständnissen beschäftigte sich am 18. Mai eine stark besuchte Versammlung unserer Fachgruppe. Die Kollegen bezeichneten es als unverständlich, daß die Unternehmer immer wieder mit den alten Ausreden kommen und eine neue Verhandlungsart ablehnen. Von unserer Leitung wurde verlangt, sofort mit einer Arbeitseinstellung zu antworten. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer Geschäftsbesprechung zusammengefaßt, in der mit Bedauern die ablehnende Haltung der Unternehmer feststellend wurde. Das Angebot der Unternehmer, ohne Verhandlung auf den alten Tarif von 1910 wieder aufzubauen, sei ganz unverständlich und wird abgelehnt. Die Einführung der Halbkorbelerrechnung wird unter allen Umständen gefordert. Weiter müssen die Löhne der Oefenreiniger und Hilfsarbeiter sowie die der Lehrlinge geregelt werden.

Moskau. (Scheibensperfer.) Wir forderten Anfang Mai eine Lohnerhöhung von 7 %. In der Verhandlung wurde diese Forderung von den Unternehmern als unvernünftig bezeichnet und abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß Görtlich fällt durch Schiedspruch ein salomonisches Urteil: „Die Stundenlöhne werden von 55 $\frac{1}{2}$ auf 60 $\frac{1}{2}$ erhöht, im Altkord dafür aber 10 % abgebaut. Ferien werden keine gewährt.“ Unwillkürlich muß sich jeder fragen: hat ein Schlichtungsausschuß nicht mehr soziales Verständnis aufzubringen? Ist das auch eine schlichtende Tätigkeit, wenn eine ganze Berufsgruppe durch den Schlichtungsausschuß in den Streik gezwungen wird? Durch diesen Lohnabbau werden die Arbeiter, die nur im Altkord arbeiten, für emsige Tätigkeit noch bestraft! Es erweckt den Anschein, als ob der Schlichtungsausschuß jetzt seinen alten Standpunkt durchdrücken will. Wenn der von ihm schon im Jahre 1926 gefällte Schiedspruch auf Lohnabbau war nicht durchgegangen, weil der Schlichter von Schlieffen mehr Verständnis für die Not der Arbeiter aufbrachte. Nun soll der Lohn der gelernten Arbeiter gegenüber dem ungelerten um 5,70 M niedriger sein. Dieser Fehlspruch hatte den Streik zur Folge, weil sich der Schlichtungsausschuß seiner Verantwortlichkeit nicht bewußt war. Er hat nicht geschäftet, sondern Streik herbeigeführt. Viel ist im letzten Jahre von der notleidenden Textilindustrie Niedererschleiens gesprochen worden nach diesem Spruch (sowie die Unternehmer die Notleidenden zu sein, nicht aber die Arbeiter. Damit ein Unternehmer besser leben kann, sollen viele Arbeiter den Riemen enger schnallen. Sollen nicht auch diese Unternehmer ihren Geist anstrengen, um die Betriebe moderner einzurichten und die Absatzmöglichkeit mit schönerer und billigerer Ware zu verbessern, ohne Lohnabbau? In den letzten Jahren, als das Geschäft aufging, haben sie den lieben Gott einen guten Mann sein lassen und nicht an die Verbesserung des Betriebes gedacht. Die Arbeiter hatten auch nicht mehr Lohn als heute. Die Löhne betragen bis 22 M für einen Angelernten, 26 M für den Angelernten als Brenner, und im Altkord, wenn der Arbeiter äußerst tüchtig und gesund ist, im Höchstfalle bis 50 M je Woche. Aber nicht bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden, sondern bei 10 Stunden; denn die Pausen werden gehörig ausgenutzt. Der größte Teil der gelernten Arbeiter verdient nicht einmal 35 M wöchentlich bei Altkord. Doch der Schlichtungsausschuß jagt in seiner Begründung, ein Lohn von 150 M monatlich lasse eine Herabsetzung zu. 80 % der Arbeiterhaft unseres Berufes verdienen aber noch nicht 25 M je Woche, wovon dann noch die verschiedenen Abzüge abzurechnen sind. Bezeichnend ist auch die Erklärung des Schlichtungsausschusses, daß die alten Arbeiter, die nicht

mehr so viel verdienen können, eben verbraucht seien und sich einen Abzug gefallen lassen müssen. Ferien braucht der Arbeiter nach Ansicht des Schlichtungsausschusses nicht. — Die Arbeiterhaft wird sich gegen den Fehlspruch zu wehren wissen.

*
Tüchtiger, geübter Glaserer für Schmelz, Glätze und Altkordisch gesucht. Oefenfabrik, Vieh a. d. Ostbahn.
Tüchtigen Glaserer sucht sofort ein Hirschberger Schamotte-Ofenfabrik Paul Goebel, Hirschberg i. Riesengebirge, Zerschlagstraße.

Internationale Bauarbeiterbewegung

(B-1) Dänemark. Nachdem die Aussperrung der dänischen Maurer 10 Wochen gedauert hatte, fanden auf Veranlassung des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes am 27. und 28. April 1927 persönliche Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Maurerverbandes statt, denen am 2. Mai Verhandlungen zwischen den beiden Parteien folgten, die zu einer Verständigung führten. Es wurde vereinbart, den Vertrag vom 18. Mai 1925 und die dazu gehörigen Lohn- und Akkordpreislisen unter nachstehenden Bedingungen zu erneuern:
1. Beim Bau von Krankenhäusern, Kirchen, Schulen, Versammlungsgebäuden, Theatern, Lichtspielhäusern, Bahnhöfen, Kasernen, Museen, Schlachthäusern, Meiereigebäuden und Gebäuden für größere Körperschaften wird die Arbeit in Akkord ausgeführt. In den Orten, wo neue Arbeit nach besonderer Vereinbarung oder gewohnheitsmäßig in Akkord ausgeführt wurde, gilt die obligatorische Akkordarbeit als vertraglich festgelegt. Die Vertreter des Unternehmervereins werden im übrigen ihren Mitgliedern empfehlen, die Akkordarbeit im weitest möglichen Umfange einzuführen. Sofern der Vertrag ohne Kündigung über Februar 1930 hinaus verlängert wird, gilt die Akkordarbeit bei allen Neuarbeiten als vertraglich festgelegt für das ganze Land. Hierbei ist Voraussetzung, dass die Akkordarbeit keine Hinderung bilden darf für die Ausführung von Reparaturen im gewöhnlichen Sinne. Gesellen, die in Akkord arbeiten, dürfen sich nicht weigern, ihren Akkord zu unterbrechen, um Reparaturen auszuführen. Es soll jedoch darauf Rücksicht genommen werden, dass nicht immer dieselben Gesellen ihre Akkordarbeit unterbrechen müssen.

2. Im August 1927 findet keinerlei Lohnregulierung nach dem Preisindex statt. Die Regulierung, die danach im Februar 1928 mit einem Index von 184 Punkten als Grundlage vorgenommen wird, darf weder nach unten noch nach oben 4 % übersteigen. Im August 1928 findet ebenfalls keine Lohnregulierung statt. Im Februar 1929 wird der Lohn nach dem Index für 1928 geregelt, jedoch in der Weise, dass eine eventuelle Erhöhung oder Herabsetzung 4 % nicht übersteigen darf. Hiernach wird keine weitere Lohnregulierung mehr in der Vertragsperiode vorgenommen. Die erhärteten Lohnregulierungen treten aber nur dann ein, wenn die Steigerung oder die Senkung der Indexziffer im Verhältnis zu der Ziffer 184 mehr als 6 Punkte beträgt. Sollte demgemäß im Februar 1928 keine Lohnregulierung vorgenommen werden, dann wird der Lohn im Februar 1929 auf der Grundlage der Indexziffer 184 reguliert.

3. Die unterzeichneten Organisationen verpflichten sich, diesen Vertrag überall im Lande, mit Ausnahme von Kopenhagen und Nordseeland, durchzuführen.

4. Der Vertrag tritt mit der Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft und gilt, bis er mit dreimonatiger Frist von einer der beiden Parteien zu einem 1. Februar gekündigt wird; frühestens jedoch zum 1. Februar 1930. Der Vertrag ist von beiden Parteien angenommen und die Arbeit ist am 14. Mai aufgenommen worden. Damit hat ein Kampf seinen Abschluss gefunden, der sicher der schwerste und langwierigste war, den der Maurerverband in Dänemark bisher allein mit den Unternehmern ausgekämpft hat. Das Erreichte mag nicht ganz befriedigen, weil nicht alles durchzuführen war, was ursprünglich zu Beginn der Aussperrung gefordert wurde. Wenn man aber das Ergebnis des Kampfes unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Gesamtlage betrachtet, und wenn man sich den Uebermut der Unternehmer vor der Aussperrung nochmals vor Augen führt, dann darf man es als Erfolg bezeichnen. Vor allen Dingen haben die dänischen Maurer in organisatorischer und moralischer Hinsicht einen Sieg errungen, der in erster Linie ihrem unverbrüchlichen Zusammenhalt und ihrer grossen Opferwilligkeit zuzuschreiben ist.

Vom Bau

Gelsenkirchen. (Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission.) Am 10. und 11. Mai wurden 51 Baustellen kontrolliert. Davon ruhte an 6 die Arbeit wegen Fehlens der Balkenlage oder der Befondecke. Bei 5 weiteren Baustellen, die ebenfalls stilllagen, waren die Arbeiten im Rohbau fertiggestellt. 2 Baustellen sind Umbauten, von denen nichts Besonderes zu berichten ist. 6 Baustellen befanden sich in der größten Anordnung, und zwar zunächst die Baustelle des Unternehmers Stallmann, Schützenstraße, Poller König, wo die Treppenabdeckung mangelhaft sowie weder Unfallverhütungsvorschriften noch Verhandlunftsprotokolle vorhanden waren. An der Baustelle desselben Unternehmers am Margaretenhof, Poller Sträter, waren die Leitergänge und die Gerüstabdeckung mangelhaft. An der Baustelle der Firma Beckler, Jahnstraße, Poller Wehrend, war der Leitergang völlig unbrauchbar, die Leiter verkauft, die Abdeckung im Treppenhaus unzureichend und nachlässig, wie überhaupt der ganze Gerüstbau mangelhaft war. Am Bau Ganolf, Fürtinnestraße, arbeiten Zimmerleute der Firma Meier ohne jede Abdeckung; der ganze Bau ist offen, vom Dachgeschoß bis zur Kellerdecke. An der Baustelle Koch, Ruppertsbuschstraße, Poller Hildebrandt, waren die Kellerleitergänge nicht abgedeckt und keine Unfallverhütungs-

schriften ausgehängt. Am Bau Hölfers, Rottbäumen, Hilgenbomstraße, wird ein zu 80 % kriegsbeschädigter Wächter beschäftigt, der auch nach Feiertagen, wenn die Bauarbeiter heimgehen, die Schuttdächer einschneidet. Auf den übrigen Baustellen wird bei einigen noch ausgehacht. Als einwandfrei hinsichtlich des Bauarbeiter-schutzes können 23 Baustellen bezeichnet werden. Vier konnte auch festgestellt werden, daß die Baudelegierten auf dem Posten waren und mit den Polieren eng zusammenarbeiten. Sonst ließ das Baudelegiertenwesen viel zu wünschen übrig. Wo überhaupt Baudelegierte vorhanden waren, waren sie sich zum größten Teil der Bedeutung ihres Amtes nicht immer wohl bewußt. Zum Teil waren sie der Meinung, für den Bauarbeiter-schutz zu sorgen, sei nur Sache des Unternehmers und nicht der Baudelegierten.
Schwerin i. M. Die Bauarbeiter-Schutzkommission kontrollierte am 9. Mai 29 Baustellen. Darunter befanden sich 19 Neubauten, 3 Tiefbaustellen, 3 Durchbauten und 4 Leitergänge. Alle 4 Leitergänge waren vorchriftsmäßig durch Lang- und Kreuzschwerer verbunden, auch die Befestigungen im Mauerwerk waren vorchriftsmäßig. Es fand keine Fehler festgestellt worden. Bei 2 Durchbauten fehlten sowohl Verbandskästen als auch Unfallverhütungsvorrichtungen, ferner war das Gerüstmaterial mangelhaft. — Nur auf einer Arbeitsstelle im Tiefbau, wo 3 Meter tief ausgehacht wurde, war muntertätig abgeheilt. Auf dem Sportplatz des MVB, waren die Abortanlagen nicht der Zahl der Arbeiter entsprechend groß. Auf der Arbeitsstelle des Zimmermeisters Niemann am Güterbahnhof herrschten ganz unerhörte Zustände. Festsetzt doch in der Baubude Tisch und Bank, sowie auch Verbandskästen und Unfallverhütungsvorrichtungen, trotzdem kurz vorher der Gewerbeaufsichtsbeamte kontrolliert hatte. — Bei den 19 von uns kontrollierten Neubauten fehlten auf 5 Bauten die Unfallverhütungsvorrichtungen. Die Adressen des nächsten Arztes war auf keiner Baustelle angehängt, der Namensausgang der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter fehlte auf 5 Baustellen. Neubauten waren auf jedem Bau; jedoch auf 4 Baustellen nur ungenügend groß. Fenster zum Öffnen hatten 15 Bauten; Baustoffe lagerten erfahrungsgemäß in keiner Bude. Verbandskästen waren, bis auf einen Bau, überall vorhanden, 7 davon waren jedoch ungenügend und in einem waren nur leere und beschädigte Gläser. Wäfschüssel und Handluch waren nur auf 2 Baustellen vorhanden. Aborte waren überall vorhanden, aber auf einer Stelle nur provisorisch im Keller. Bei 4 Aborten fehlte das Strömrohr, und Brillen waren nur auf 4 Bauten, eine Rückenlehne war sogar nur auf einem Abort angebracht worden. Auf 5 Baustellen fehlten die Treppengeländer, auf 4 waren die Leitergänge nicht genügend abgeheilt und auf 3 Bauten herrschte Gerüstmangel. Auf einem Bau wurde bei gänzlich ungenügender Abdeckung gerichtet und auf 3 Baustellen war die Abdeckung aufgerissen und nicht wieder hergestellt worden. Es sind, trotz kurz vorhergegangener Revision durch den Gewerbeaufsichtsbeamten, auf jeder Baustelle kleine oder größere Mängel festgestellt worden. Daraus ergibt sich, daß unsere Forderung, mehr Kontrolluren aus Arbeiterkreisen anzustellen, vollumfänglich gerechtigt ist; für die vorhandenen Beamten ist das Arbeitsfeld jenseitig viel zu groß!
Wiesbaden. Am 17. Mai verunglückte der Maurer Karl Bierbrauer auf einem Neubau des Unternehmers Schreiner in Bierstadt. Bierbrauer wollte eine Kaminöffnung zwischen dem Wechsell abdecken. Hierbei glitt er aus, schlug mit der rechten Brustseite auf die scharfe Kante eines Balkens und stürzte eine Etage tiefer auf eine Befondecke. Der Verunglückte klagte über heftige Schmerzen in der rechten Brustseite. In der Wohnung stellte der Arzt Rippenbrüche fest. Nach 2 Tagen starb Bierbrauer an den Folgen seiner schweren Verletzung, weil die gebrochenen Rippen die Lunge verletzt hatten.

Allgemeine Rundschau

Entwicklungs- und Handlungsfreiheit für die Gewerkschaften. Im Mittelpunkt der Beratungen der 10. Internationalen Arbeitskonferenz, die am 25. Mai in Genf eröffnet worden ist, steht die Frage der Freiheit der beruflichen Vereinigungen. Das ist die Frage der Gewerkschaftsfreiheit. In allen Ländern unternimmt das Unternehmertum scharfe Vorstöße gegen die Gewerkschaftsfreiheit. Man braucht nur Länder, wie Italien, Ungarn, Bulgarien und England, zu nennen und eine ganze Fülle die Arbeiterhaft aufreißender Bilder taucht auf. Die Sicherung der Gewerkschaftsfreiheit ist zu einer der vordringlichsten Aufgaben der Arbeiterbewegung geworden, und die Augen der Arbeiterhaft der ganzen Welt werden deshalb diesmal auf die Verhandlungen der 10. Internationalen Arbeitskonferenz gerichtet sein. Das Bedürfnis für eine internationale Regelung machte sich, wie der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes an die 10. Arbeitskonferenz zur Frage der Freiheit der beruflichen Vereinigungen hervorhebt, ganz besonders dringend fühlbar, weil Klagen und Beschwerden über mehr oder weniger schwere Verletzungen dieser Freiheit dem Arbeitsamt unterbreitet worden sind. Das Internationale Arbeitsamt macht nun den Vorschlag, einen Fragebogen auf folgender Grundlage zu beschließen: 1. daß die Konferenz den Entwurf eines Uebereinkommens über die Freiheit der beruflichen Vereinigungen annimmt; 2. daß dieser Entwurf die Verpflichtung enthält, die Vereinigungsfreiheit und die Handlungsfreiheit der Berufsvereine zu gewährleisten; 3. daß die Vereinigungsfreiheit ihren geeigneten Ausdruck findet als „Freiheit für alle arbeitenden Personen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sich zur Verteidigung ihrer Interessen zu vereinigen“; 4. daß die Handlungsfreiheit der Berufsvereine ihren geeigneten Ausdruck findet als Freiheit für die Berufsvereine ihre Ziele durch alle Mittel zu verfolgen, die nicht den zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erlassenen Gesetzen und Verordnungen zumiderlaufen; 5. daß die Regierung erachtet werden, Ergänzungsbestimmungen vorzuschlagen, wenn sie solche für empfehlenswert halten. Zwei Grundzüge sind es also, die nach dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes schon Gegenstand eines internationalen Uebereinkommens ersehen werden können. Diese Grundzüge sind Vereinigungsfreiheit und Handlungsfreiheit der Berufsvereine. Vereinigungsfreiheit allein wäre unwirksam, wenn

GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄTSGIGARETTEN
 THADMOR und ARBEITERSPORTLER zu 4 Pf. Nur zu haben im
 ZERONTH zu 5 Pf. * duftig * leicht * mild **KONSUMVEREIN**

Sämtliche Werkzeuge für
 Ofensetzer, Topfer, Maurer
 und Fliesenleger in
 allbekanntester Güte!
 W. Moritz & Co. Dresden-A21
 Kipferstraße 108
 Katalog gratis u. franko

DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA
BIOX
 BIOX ULTRA STARK SCHÄUMEND
 Kleine Tube 50 Pfg.

Herrn Sie überred
Original W. Mosberg
 Beste Seife, u. Seife, f. Souvenir, Grp. Qua-
 titäten, u. in reichl. Auswahl, b. bill. Preis.
 Nur echt mit dem Namen
Original W. Mosberg
 u. befehl. Schutzm. 100. Sie sich bei
 jed. Kauf unbed. übertrag müßen. So nicht
 erhältl. dir. Verf. ab Fabr. - Preisliste grat.
 W. Mosberg, Bielefeld, Sönnenbeckerstr. 5.

Prolet wählt das Beste!
 Alles fr. Haus, Verp. fr.
 200 Harzkäse M. 4.95
 9% echt Edam. M. 8.95
 9% Dn. Schw. M. 11.95
 9% Edamerik. M. 5.25
 9% Holländer. M. 4.95
 9% Tils. Formk. M. 6.65
 9% echt. in Holl. M. 2.95
 35 D. Olesard. M. 10.50
 c. 5kg Salzfehh. M. 4.50
 E. Napp Altona 100.



Billige böhm. Bettfedern
 Ein Kilo graue geschlis-
 sene 3 M., halbweiß 4 M.,
 weiß 5 M., bessere 6 M.,
 7 M., daunenschweiß 8 M.,
 10 M., beste Sorte 12 M.,
 14 M., weiß ungeschlitten
 7,50 M., 9,50 M., beste Sorte 11 M. Versand
 portofrei, zollfrei gegen Nachnahme.
 Muster frei. Umtausch und Rücknahme
 gestattet. Benedikt Sachs. Lobes Nr. 9
 bei Pilsen, Böhmen.

Sanitätshaus
 "MEDCO"
 Nürnberg
 Karolinenstraße 47
 Spezial-
 GUMMAREN
 Preisliste franko!
Maurerhosen
 aus Dreidraht- und
 Zweidraht-Leder.
 Ford. Sie Muster ein.
 Must. grat. u. franko.
 Herbert Fritsche,
 Niederöderwitz 1. S.

Mit bedingungslosem Rücksendungs-
 recht bei Nichtgefallen liefern ich
 überallhin gegen
 bequeme Wochen-
 raten von nur Rmk.
 Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen etc., Sprech-
 apparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photo-
 graphische Apparate etc. Jll. Katalog A gratis u. frei.
 Walter H. Gartz, Postfach 866A Berlin S. 43.

Anzüge
 Sportanzüge, Straßenanzüge, Abendanzüge, Herren-Mäntel, Loden-
 mäntel, Gummimäntel, Herbst- u. Wintermäntel, Windjacken, Damen-
 Mäntel, sowie Herren- und Damen-Schuhe und Stiefel liefern wir
 nach **3 Tage zur Probe** mit bedingungs-
 loser Rücksendungs-
 recht bei Nichtgefallen, um Gelegenheit zu geben, unbedin-
 gunglos (Güte u. Preiswürdigkeit eingehend zu prüfen bei ange-
 messener Anzahlung gegen bequeme Wochenraten von nur 2.- an.
 Verarbeitung von ersten Kräften, sind uns Modelle tadellost in Sitz u. Fasson.
 Verlangen Sie sofort illustrierten Prospekt mit Preisliste gratis und frei.
 Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach 840B
 In Berlin erbiten wir Besuch Alexandrinenstr. 97 von 6-7.

**MUSIK-
 INSTRUMENTE**
 Harmonikas, Lauten,
 Gitarren, Mandolinen,
 Sprechapparate etc.
 Versand ab Fabrik direkt an Private
 Katalog gratis. H. C. O. Bartsch
MEINEL & HEROLD
 Musikinstr.-Harmonikafabrik
 KLINGENTHALSANG 1103

Wir suchen praktische Köpfe
 Wen die Ansicht lockt, ein Vermögen verdienen zu können,
 der lese diese Ankündigung bis zum Ende durch.
 Unser Heilschnell desinfiziert und schützt Wunden bekanntlich
 in so hervorragender Weise, daß es von Hunderttausenden an Stelle
 des englischen Heftpflasters verwandt wird und täglich viele neue An-
 hänger gewinnt. Heil-schnell läßt sich aber auch noch zu Zwecken
 benutzen, die mit Wundbehandlung nichts zu tun haben, z. B. als
 glasklares, elastisches Umhüllungsmittel, weiter an Stelle von Flaschen-
 kapsellaack usw.
 Wenn auch Heil-schnell als Wundschutzmittel unser Hauptartikel
 bleiben wird, so wollen wir doch als moderne Geschäftsleute jede
 andere Verwendungsmöglichkeit nicht unausgenutzt lassen. Dazu
 brauchen wir die Mitarbeit von Männern der Praxis aus allen Industrie-
 zweigen. Denken Sie über die Sache nach und machen Sie Versuche
 mit Heil-schnell. Bringen Sie uns einen Schläger, so können Sie durch
 bares Geld oder laufende Lizenzen viel, vielleicht ein Vermögen
 verdienen.
 Heil-schnell ist flüssig und erstarrt an der Luft sofort zu einem
 elastischen, luft- und wasserdichten, festen Häutchen, das sich auch
 im Wasser nicht ablöst.
 Die Tube Heil-schnell kostet in Fachgeschäften 50 Pfg.
 Wo es nicht zu haben ist, beziehen Sie es direkt von uns durch
 Ausfüllen und Einsenden dieses Zettels, den Sie auf eine 5 Pfg-
 Postkarte kleben: **Hier abschneiden**

Größte Produktion der Welt!
OPEL

Bettfedern aus erster Hand
 geschl. 90%, Rupp 1,75, Halb-
 daune 2,75, 4,00, weiß Flaum-
 rupp 4,00, beste 5,00, Daune
 7,00, weiß 8,00-10,00, Schloßdaune 3,50-
 5,00, Oberbett la dicht. inlett 8 Pfd. 12,00,
 18,00, Kissen 3 Pfd. 3,50, 5,50 aufw. gegen
 Nachn. Must.-Preis, fr. k. Risiko. Nichtp-
 zurück. Böhm. Bettfed.-Spezialh. Sachsel
 & Stadler. Berlin C 82, Landsbergerstr. 43

Käse postfrei
 ins Haus
 Kugelm. 2,25, 2Kpf. 4 85
 2,25, 2Kpf. 4 85
 Taleik. 2,25, 2Kpf. 4 85
 Zurückk. wenn nicht gefüllt
Gustav Westphal
 Altona 114 Hamburg

368. Hamburger Staats-Lotterie
 Die Lotterie ist auch in Preußen, Braunschweig und Thüringen erlaubt, damit jedermann Gelegenheit hat, die Riesen-Gewinnchancen zu genießen!

!! 80 000 Lose, 31 600 Gewinne und 8 Prämien !! **Wer nicht wagt, gewinnt nicht!** **Die Lotterie besteht aus sechs Klassen**
Die Preise für alle sechs Klassen sind die gleichen

Zur Auslosung gelangen: **5 Millionen 699 500 Mark**

Größter Gewinn im glücklichsten Falle
Fünfhunderttausend Mark (1/2 Million)
Höchster Gewinn ev. 490 000, 480 000, 470 000 usw.

| Zusammenstellung der Gewinne und Prämien der Hamburger Staats-Lotterie: | | | | | | | | | |
|---|------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------|---|--|--|--|--|--|
| 1 Prämie à Mk. 200 000 = Mk. 200 000 | 1 Gewinn à Mk. 35 000 = Mk. 35 000 | 12 Gewinne à Mk. 6 000 = Mk. 72 000 | 3 Gewinne à Mk. 900 = Mk. 2 700 | 95 Gewinne à Mk. 200 = 19 000 | | | | | |
| 1 " " " 150 000 = 150 000 | 2 " " " 30 000 = 60 000 | 4 " " " 4 000 = 16 000 | 60 " " " 800 = 48 000 | 30 295 " " " 150, 125, | | | | | |
| 1 " " " 100 000 = 100 000 | 1 Gewinn " " 25 000 = 25 000 | 1 Gewinn " " 3 000 = 3 000 | 105 " " " 600 = 63 000 | 100, 75, 50 = Mk. 3 914 900 | | | | | |
| 1 Gewinn " " 80 000 = 80 000 | 3 " " " 20 000 = 60 000 | 18 Gewinne " " 3 000 = 54 000 | 25 " " " 500 = 12 500 | zusammen | | | | | |
| 1 " " " 70 000 = 70 000 | 3 " " " 15 000 = 45 000 | 1 Gewinn " " 2 500 = 2 500 | 210 " " " 400 = 84 000 | 31 600 Gewinne und 8 Prämien | | | | | |
| 1 " " " 60 000 = 60 000 | 4 " " " 10 000 = 40 000 | 29 Gewinne " " 2 000 = 58 000 | 15 " " " 350 = 5 250 | mit dem riesigen Gewinnkapital von | | | | | |
| 2 Gewinne " " 40 000 = 80 000 | 1 Gewinn " " 8 000 = 8 000 | 3 " " " 1 500 = 4 500 | 553 " " " 300 = 165 900 | 5 Millionen 699 500 Mark | | | | | |
| | 2 Gewinne " " 4 000 = 8 000 | 46 " " " 1 000 = 46 000 | 105 " " " 250 = 26 250 | | | | | | |

Der Verkauf der Lose erfolgt gemäß den Bestimmungen des amtlichen Spielplans.

Die Original-Lose zur 1. Klasse kosten **1/8 Los Mark 2,80** **1/4 Los Mark 5,30** **1/2 Los Mark 10,30** **1/1 Los Mark 20,30** Die Preise enthält. d. Koest. für Porto und Gewinnliste

„Man muß nicht reich sein, um ein Los zu kaufen, aber man kann hierdurch zu Reichtum gelangen!“

Bestellung zur 1. Klasse erbitte sofort, spätestens aber bis zum **20. Juni 1927**, damit der Auftrag bestimmt zur Ausführung gelangt!

Emil Ichenhäuser, Hauptkollekte, Hamburg, Große Theaterstraße 34
 Abteilung 2 / Postscheckk.: 9253

Bitte den Bestellbrief hier abschneiden:

Bestellbrief für Herrn Emil Ichenhäuser, Hamburg, Große Theaterstraße 34, Abteilung 2.

Senden Sie mir zur **368. Hamburger Staats-Lotterie**

| | | |
|----------------------------------|------------|--|
| ganzes Original-Los | Mark 20,30 | } Neben- stehende Preise enthalten schon die Kosten für Porto und Gewinnliste |
| halbes Original-Los | Mark 10,30 | |
| viertel Original-Los | Mark 5,30 | |
| achtel Original-Los | Mark 2,80 | |

sowie den amtlichen Spielplan
 Betrag — folgt gleichzeitig per Postanweisung — ist per Nachnahme zu erheben — anbei per Einschreiben. (Nichtgewünschtes ist durchzustreichen.)

Adresse des Bestellers:
 (Gefl. recht deutlich schreiben)

Briefliche Geldsendungen erbitte stets nur per „Einschreiben“

Vor- und Zuname:

Stand:

Wohnort:

Straße oder Postort: